

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/205751]

25. NOVEMBER 2019 — Dekret über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Europaklausel

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union.

Art. 2 - Anwendungsbereich

Dieses Dekret legt die Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde fest, die durch die Auslegung und Anwendung von Abkommen und Übereinkommen entstehen, welche die Beseitigung der Doppelbesteuerung von Einkommen und gegebenenfalls Vermögen vorsehen.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

§ 1 - Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. zuständige Behörde: die zuständige belgische Behörde;
2. zuständiges Gericht: das gemäß Teil III des Gerichtsgesetzbuches zuständige Gericht;
3. ausländische Behörde: die Behörde eines anderen Mitgliedstaats als Belgien, die als zuständige Behörde vom betreffenden Mitgliedstaat benannt wurde;
4. Doppelbesteuerung: die Erhebung von Steuern durch zwei oder mehr Mitgliedstaaten, die unter ein in Artikel 2 genanntes Abkommen oder Übereinkommen fallen, in Bezug auf dasselbe steuerpflichtige Einkommen oder Vermögen, wenn sie entweder zu einer zusätzlichen Steuerbelastung, einer Erhöhung der Steuerverbindlichkeiten oder der Streichung oder Verringerung von Verlusten, die zur Verrechnung mit steuerpflichtigen Gewinnen hätten genutzt werden können, führt;
5. betroffene Person: eine Person, einschließlich einer natürlichen Person, die in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist und deren Besteuerung von einer Streitfrage unmittelbar betroffen ist;
6. Streitfrage: die Angelegenheit, die zu einer der in Artikel 2 genannten Streitigkeiten führt;
7. Mitgliedstaat: ein Mitgliedstaat der Europäischen Union;
8. großes Unternehmen: ein großes Unternehmen im Sinne der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates;
9. große Gruppe: eine große Gruppe im Sinne der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates;
10. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

§ 2 - Wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, hat jeder in diesem Dekret nicht definierte Begriff die Bedeutung, die ihm zum jeweiligen Zeitpunkt gemäß dem in Artikel 2 genannten einschlägigen Abkommen oder Übereinkommen zukommt, das zum Zeitpunkt des Eingangs der ersten Mitteilung der Maßnahme gilt, die im Ergebnis zu einer Streitfrage geführt hat oder führen wird. In Ermangelung einer Begriffsbestimmung in einem solchen Abkommen oder Übereinkommen haben nicht definierte Begriffe die Bedeutung, die ihnen zum jeweiligen Zeitpunkt für die Zwecke der Steuern zukam, für die das genannte Abkommen oder Übereinkommen gilt, wobei jede Bedeutung gemäß dem geltenden Steuerrecht Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Begriff gemäß einer anderen Gesetzgebung hat.

Art. 4 - Beschwerde

§ 1 - Jede betroffene Person ist berechtigt, eine Beschwerde über eine Streitfrage bei der zuständigen Behörde einzureichen und um deren Lösung zu ersuchen.

Die Beschwerde ist innerhalb von drei Jahren nach Erhalt der ersten Mitteilung der Maßnahme, die im Ergebnis zu einer Streitfrage führt oder führen wird, einzureichen, unabhängig davon, ob die betroffene Person auf die zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe zurückgreifen kann oder nicht.

Die betroffene Person muss die Beschwerde bei der zuständigen Behörde und bei jeder ausländischen Behörde gleichzeitig und mit den gleichen Angaben einreichen und in der Beschwerde angeben, welche anderen Mitgliedstaaten betroffen sind.

§ 2 - Die zuständige Behörde bestätigt den Eingang der Beschwerde innerhalb von zwei Monaten nach deren Eingang.

Die zuständige Behörde unterrichtet zudem innerhalb der in Absatz 1 vorgesehenen Frist die ausländische Behörde über diesen Eingang.

Die zuständige Behörde unterrichtet die ausländische Behörde zu diesem Zeitpunkt auch darüber, welche Sprache oder Sprachen sie für ihre Mitteilungen während der maßgeblichen Verfahren verwenden will.

§ 3 - Die in § 1 genannte Beschwerde wird nur zugelassen, wenn die betroffene Person, die die Beschwerde einreicht, der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde folgende Informationen übermittelt:

1. Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer und jegliche sonstigen Angaben, die für die Identifikation der betroffenen Person, die die Beschwerde bei der zuständigen Behörde und bei der ausländischen Behörde eingereicht hat, und jeder anderen betroffenen Person erforderlich sind;
2. die betroffenen Steuerzeiträume;

3. genaue Angaben zu den maßgeblichen Tatsachen und Umständen des Falls - einschließlich genauer Angaben zur Struktur der Transaktion und zu den Beziehungen zwischen der betroffenen Person und den anderen an den maßgeblichen Transaktionen beteiligten Parteien sowie jegliche Fakten, die in gutem Glauben in einer für beide Seiten verbindlichen Vereinbarung zwischen der betroffenen Person und der Steuerverwaltung festgelegt wurden, soweit dies zutrifft im Einzelnen zur Art und zum Zeitpunkt der zu der Streitfrage führenden Maßnahmen - einschließlich gegebenenfalls genauer Angaben zu demselben im anderen Mitgliedstaat eingegangenen Einkommen und zur Einbeziehung dieses Einkommens in das steuerpflichtige Einkommen im anderen Mitgliedstaat sowie genauer Angaben zu Steuern auf dieses Einkommen im anderen Mitgliedstaat, die bereits erhoben wurden oder noch erhoben werden - und Angaben zu den entsprechenden Beträgen in den Währungen der betroffenen Mitgliedstaaten, mit Kopien aller Belege;

4. Verweis auf die anzuwendenden nationalen Vorschriften und die in Artikel 2 genannten Abkommen oder Übereinkommen. Wenn mehr als ein Abkommen oder Übereinkommen anwendbar ist, gibt die betroffene Person, die die Beschwerde einreicht, an, welches Abkommen oder Übereinkommen in Bezug auf die maßgebliche Streitfrage ausgelegt wird. Dieses Abkommen oder Übereinkommen ist für die Zwecke dieses Dekrets das anzuwendende Abkommen oder Übereinkommen;

5. folgende Angaben der betroffenen Person, die die Beschwerde bei der zuständigen Behörde und bei der ausländischen Behörde eingereicht hat, mit Kopien aller Belege:

a) eine Stellungnahme der betroffenen Person, aus der hervorgeht, aus welchen Gründen ihrer Ansicht nach eine Streitfrage vorliegt;

b) genaue Angaben zu etwaigen von der betroffenen Person eingelegten Rechtsbehelfen oder eingeleiteten Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den maßgeblichen Transaktionen sowie zu allen die Streitfrage betreffenden Gerichtsentscheidungen;

c) eine Erklärung der betroffenen Person, in der diese sich verpflichtet, alle angemessenen Anfragen der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörde so vollständig und so rasch wie möglich zu beantworten und auf Anfrage der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörde alle Unterlagen zu übermitteln;

d) sofern dies sachdienlich ist, eine Kopie der endgültigen Entscheidung über die Steuerveranlagung in Form eines endgültigen Steuerbescheids, der Steuerprüfungsberichte oder anderer vergleichbarer Unterlagen, die zu der Streitfrage führen, sowie eine Kopie aller sonstigen von den Steuerbehörden erstellten Unterlagen im Zusammenhang mit der Streitfrage;

e) Angaben zu jeder von der betroffenen Person eingereichten Beschwerde im Rahmen eines anderen Verständigungs- oder Streitbeilegungsverfahrens, wie in Artikel 17 § 5 festgelegt, und eine ausdrückliche Verpflichtung der betroffenen Person, die Bestimmungen des Artikels 17 § 5 einzuhalten, sofern einschlägig;

6. alle spezifischen weiteren Informationen, um die die zuständige Behörde und die ausländische Behörde ersucht haben und die für die inhaltliche Prüfung des jeweiligen Falls als erforderlich erachtet werden.

§ 4 - Die zuständige Behörde kann um die in § 3 Nummer 6 genannten Informationen innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Beschwerde ersuchen.

Weitere Informationsersuchen können im Rahmen des Verständigungsverfahrens gemäß Artikel 5 unterbreitet werden, sofern die zuständige Behörde dies als erforderlich erachtet.

Die in § 3 Nummer 6 genannte Anfrage darf nicht zur Preisgabe eines Geschäfts-, Industrie- oder Berufsgeheimnisses oder eines Betriebsverfahrens führen.

Eine betroffene Person, die ein Ersuchen gemäß § 3 Nummer 6 erhält, antwortet innerhalb von drei Monaten nach Erhalt des Ersuchens.

Eine Kopie der in Absatz 4 genannten Antwort wird gleichzeitig der ausländischen Behörde übermittelt.

§ 5 - Die zuständige Behörde trifft innerhalb von sechs Monaten nach Empfang der Beschwerde oder nach Empfang der in § 3 Nummer 6 genannten Informationen, je nachdem, was später eintrifft, eine Entscheidung über die Zulassung oder Zurückweisung der Beschwerde.

Die zuständige Behörde unterrichtet die betroffene Person und die ausländische Behörde unverzüglich über ihre Entscheidung.

Die zuständige Behörde kann innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist beschließen, die Streitfrage einseitig ohne Einbeziehung der ausländischen Behörde zu lösen. In diesem Fall teilt die zuständige Behörde der betroffenen Person und der ausländischen Behörde dies unverzüglich mit, woraufhin die Verfahren bezüglich dieser Beschwerde beendet werden.

§ 6 - Wünscht eine betroffene Person eine Beschwerde zurückzuziehen, so übermittelt sie der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde gleichzeitig eine schriftliche Mitteilung über die Rücknahme.

Durch die in Absatz 1 genannte Mitteilung werden alle Verfahren gemäß diesem Dekret mit sofortiger Wirkung beendet.

Die zuständige Behörde, wenn sie eine in Absatz 1 genannte Mitteilung erhält, unterrichtet die ausländische Behörde unverzüglich über die Beendigung der Verfahren.

Wird eine Streitfrage aus irgendeinem Grund gegenstandslos, werden alle Verfahren gemäß diesem Dekret mit sofortiger Wirkung beendet und die zuständige Behörde unterrichtet die betroffene Person unverzüglich über den aktuellen Sachstand und die allgemeinen Gründe hierfür.

Art. 5 - Verständigungsverfahren

§ 1 - Wenn die zuständige Behörde und die ausländische Behörde eine in Artikel 4 genannte Beschwerde zulassen, bemühen sie sich darum, die Streitfrage im Verständigungsverfahren innerhalb von zwei Jahren ab der letzten Mitteilung über den Beschluss eines der Mitgliedstaaten, die Beschwerde zuzulassen, zu lösen.

Der in Absatz 1 genannte Zweijahreszeitraum kann auf Ersuchen der zuständigen Behörde an die ausländische Behörde um bis zu ein Jahr verlängert werden, wenn die antragstellende zuständige Behörde eine schriftliche Begründung vorlegt.

§ 2 - Sobald die zuständige Behörde und die ausländische Behörde innerhalb des in § 1 genannten Zeitraums eine Einigung darüber erzielt haben, wie die Streitfrage gelöst werden soll, teilt die zuständige Behörde der betroffenen Person unverzüglich diese Einigung als für die Behörde verbindliche und von der betroffenen Person durchsetzbare Entscheidung mit, sofern die betroffene Person unter entsprechenden Voraussetzungen der Entscheidung zustimmt und auf das Recht auf andere Rechtsbehelfe verzichtet.

Wenn bereits Verfahren bezüglich solcher anderer in Absatz 1 genannter Rechtsbehelfe eingeleitet wurden, wird die Entscheidung erst verbindlich und durchsetzbar, sobald die betroffene Person der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde Nachweise dafür vorgelegt hat, dass Maßnahmen getroffen wurden, um diese Verfahren einzustellen. Solche Nachweise müssen spätestens 60 Tage nach dem Zeitpunkt vorgelegt werden, zu dem die in Absatz 1 genannte Entscheidung der betroffenen Person mitgeteilt wurde. Die Entscheidung ist anschließend unabhängig von etwaigen im nationalen Recht vorgeschriebenen Fristen unverzüglich umzusetzen.

§ 3 - Haben die zuständige Behörde und die ausländische Behörde innerhalb des in § 1 genannten Zeitraums keine Einigung darüber erzielt, wie die Streitfrage gelöst werden soll, teilt die zuständige Behörde der betroffenen Person mit, aus welchen allgemeinen Gründen keine Einigung erzielt wurde.

Art. 6 - Entscheidung der zuständigen Behörde über die Beschwerde

§ 1 - Die zuständige Behörde kann entscheiden, eine Beschwerde innerhalb der in Artikel 4 § 5 festgelegten Frist zurückzuweisen, wenn:

1. gemäß Artikel 4 § 3 erforderliche Informationen fehlen, wozu auch die Informationen zählen, um die gemäß Artikel 4 § 3 Nummer 6 ersucht wurde und die nicht innerhalb der in Artikel 4 § 4 genannten Frist vorgelegt wurden;
2. keine Streitfrage vorliegt oder
3. die Beschwerde nicht innerhalb des in Artikel 4 § 1 festgelegten Dreijahreszeitraums vorgelegt wurde.

Wenn die betroffene Person gemäß Artikel 4 § 5 unterrichtet wird, teilt ihr die zuständige Behörde die allgemeinen Gründe für die in Absatz 1 genannte Zurückweisung mit.

§ 2 - Hat die zuständige Behörde innerhalb der in Artikel 4 § 5 festgelegten Frist keine Entscheidung über die Beschwerde getroffen, so gilt die Beschwerde als von der zuständigen Behörde zugelassen.

§ 3 - Die betroffene Person ist berechtigt, gegen die Entscheidung der zuständigen Behörde gemäß Artikel 1385*decies* und 1385*undecies* des Gerichtsgesetzbuches Klage einzureichen, wenn die zuständige Behörde und die ausländische Behörde die Beschwerde zurückgewiesen haben.

Eine betroffene Person, die den in Absatz 1 genannten Rechtsbehelf einlegt, kann keinen Antrag gemäß Artikel 7 § 1 Nummer 1 stellen:

1. solange gegen die Entscheidung noch ein Rechtsbehelf anhängig ist;
2. wenn die Entscheidung über die Zurückweisung im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens der betroffenen Mitgliedstaaten noch weiter angefochten werden kann oder
3. wenn eine Entscheidung über die Zurückweisung im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens gemäß Nummer 1 bestätigt wurde, es jedoch in einem der betroffenen Mitgliedstaaten nicht möglich ist, von der Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder anderer Justizbehörden abzuweichen.

Wurde ein Rechtsbehelf eingelegt, so wird die Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder einer anderen Justizbehörde für die Zwecke von Artikel 7 § 1 Nummer 1 berücksichtigt.

Art. 7 - Streitbeilegung durch den Beratenden Ausschuss

§ 1 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde setzen auf Antrag der betroffenen Person einen Beratenden Ausschuss gemäß Artikel 9 ein, wenn:

1. die von dieser betroffenen Person eingereichte Beschwerde gemäß Artikel 6 § 1 von der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörde zurückgewiesen wurde oder;
2. die zuständige Behörde und die ausländische Behörde die von der betroffenen Person eingereichte Beschwerde zugelassen hatten, jedoch keine Einigung darüber erzielen konnten, wie die Streitfrage innerhalb der in Artikel 5 § 1 festgelegten Frist in gegenseitigem Einvernehmen beigelegt werden kann.

Die betroffene Person kann einen in Absatz 1 genannten Antrag nur stellen, sofern gegen eine Zurückweisung gemäß Artikel 6 § 1 kein Rechtsbehelfsverfahren eingeleitet werden kann, kein Rechtsbehelfsverfahren anhängig ist, oder die betroffene Person förmlich auf ihr Recht, einen Rechtsbehelf einzulegen, verzichtet hat. Der Antrag hat eine entsprechende Erklärung zu beinhalten.

Die betroffene Person stellt den Antrag, einen Beratenden Ausschuss einzurichten, in schriftlicher Form spätestens 50 Tage nach dem Datum des Erhalts der Mitteilung gemäß Artikel 4 § 5 oder Artikel 5 § 3 bzw. 50 Tage nach dem Datum, zu dem die Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder der maßgeblichen Justizbehörde gemäß Artikel 6 § 3 ergeht, je nachdem, wie der Fall liegt.

Der Beratende Ausschuss wird spätestens 120 Tage nach dem Eingang eines in Absatz 1 genannten Antrags eingesetzt und nach der Einsetzung des Ausschusses informiert sein Vorsitzender die betroffene Person unverzüglich über die Einsetzung.

§ 2 - Der gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 1 eingesetzte Beratende Ausschuss trifft innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum seiner Einsetzung eine Entscheidung über die Zulassung der Beschwerde.

Er teilt der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde seine in Absatz 1 genannte Entscheidung innerhalb von 30 Tagen, nachdem sie ergangen ist, mit.

Hat der Beratende Ausschuss festgestellt, dass alle Anforderungen gemäß Artikel 4 erfüllt sind, so wird auf Antrag der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörde das Verständigungsverfahren gemäß Artikel 5 eingeleitet.

Sollte die zuständige Behörde entscheiden, das in Absatz 3 genannte Verständigungsverfahren einzuleiten, unterrichtet sie den Beratenden Ausschuss, die ausländische Behörde und die betroffene Person über diesen Antrag.

Die in Artikel 5 § 1 festgelegte Frist beginnt ab dem Datum der Mitteilung über die Entscheidung des Beratenden Ausschusses über die Zulassung der Beschwerde.

Hat innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Mitteilung über die Entscheidung des Beratenden Ausschusses weder die zuständige Behörde noch die ausländische Behörde die Einleitung des Verständigungsverfahrens beantragt, so gibt der Beratende Ausschuss eine Stellungnahme gemäß Artikel 15 § 1 zu der Frage ab, wie die Streitfrage gelöst werden soll. In einem solchen Fall gilt für die Zwecke des Artikels 15 § 1, dass der Beratende Ausschuss an dem Tag eingesetzt wurde, an dem die Frist von 60 Tagen verstrichen ist.

§ 3 - Im Fall von § 1 Absatz 1 Nummer 2 gibt der Beratende Ausschuss eine Stellungnahme gemäß Artikel 15 § 1 zu der Frage ab, wie die Streitfrage gelöst werden soll.

Art. 8 - Benennungen durch zuständige Gerichte

§ 1 - Wird ein Beratender Ausschuss nicht innerhalb der in Artikel 7 § 1 festgelegten Frist eingesetzt, so kann die jeweilige betroffene Person ein zuständiges Gericht anrufen, einen Beratenden Ausschuss einzurichten.

Hat die zuständige Behörde nicht mindestens eine unabhängige Person und einen Stellvertreter in dem in § 2 genannten Zeitraum benannt, so kann die betroffene Person beantragen, dass das zuständige Gericht eine unabhängige Person und einen Stellvertreter aus der in Artikel 10 genannten Liste benennt. Haben sowohl die zuständige Behörde als auch die ausländischen Behörden dies versäumt, so kann die betroffene Person beantragen, dass das zuständige Gericht die beiden unabhängigen Personen aus der in Artikel 10 genannten Liste benennt.

Die in Absatz 2 genannten unabhängigen Personen bestimmen den Vorsitzenden per Losentscheid aus der Liste der unabhängigen Personen gemäß Artikel 9 § 3.

Die betroffenen Personen beantragen die Benennung der unabhängigen Personen und ihrer Stellvertreter in ihren jeweiligen Wohnsitzstaaten, wenn mehr als eine betroffene Person an dem Verfahren beteiligt ist, oder in dem Mitgliedstaat, dessen zuständige Behörden versäumt haben, mindestens eine unabhängige Person und deren Stellvertreter zu benennen, wenn nur eine betroffene Person beteiligt ist.

§ 2 - Die Benennungen gemäß § 1 werden erst nach Ablauf der in Artikel 7 § 1 genannten Frist von 120 Tagen dem zuständigen Gericht vorgelegt, und zwar innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf dieser Frist.

§ 3 - In den in § 1 genannten Fällen benennt das zuständige Gericht die unabhängigen Personen gemäß Artikel 1680 § 1 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches. Das zuständige Gericht teilt diese Entscheidung der zuständigen Behörde mit, die ihrerseits unverzüglich die ausländischen Behörden unterrichtet.

Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, die es ursprünglich versäumt hat, die unabhängige Person und deren Stellvertreter zu benennen, kann gegen eine Entscheidung des Gerichts oder der einzelstaatlichen benennenden Stelle in jenem Mitgliedstaat Rechtsbehelf einlegen, sofern die zuständige Behörde dazu gemäß nationalem Recht berechtigt ist. Wird sein Antrag abgewiesen, ist der Antragsteller berechtigt, gegen die Entscheidung des Gerichts gemäß den nationalen Verfahrensvorschriften Klage einzureichen.

Art. 9 - Beratender Ausschuss

§ 1 - Der in Artikel 7 genannte Beratende Ausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

1. ein Vorsitzender,
2. ein Vertreter der zuständigen Behörde und ein Vertreter der ausländischen Behörde. Kommen die zuständige Behörde und die ausländische Behörde überein, so kann diese Zahl auf zwei Vertreter jeder dieser Behörden erhöht werden,
3. eine unabhängige Person, die von der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde aus der in Artikel 10 genannten Liste ausgewählt wird. Kommen die zuständige Behörde und die ausländische Behörde überein, so kann diese Zahl auf zwei solche Personen für jede dieser Behörden erhöht werden.

§ 2 - Die Vorschriften für die Benennung der in § 1 Nummer 3 genannten unabhängigen Personen werden von der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde einvernehmlich festgelegt.

Nach der Benennung der unabhängigen Personen wird gemäß den für ihre Benennung geltenden Vorschriften jeweils ein Stellvertreter für den Fall bestimmt, dass die unabhängige Person an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gehindert ist.

§ 3 - Wenn die Vorschriften für die Benennung der unabhängigen Personen nicht gemäß § 2 einvernehmlich festgelegt wurden, erfolgt die Benennung dieser Personen durch Losentscheid.

§ 4 - Außer in den Fällen, in denen die unabhängigen Personen gemäß Artikel 8 § 1 vom zuständigen Gericht benannt wurden, kann die zuständige Behörde die Benennung einer bestimmten unabhängigen Person aus von der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde im Voraus vereinbarten Gründen sowie aus jedem der folgenden Gründe ablehnen:

1. die betreffende Person gehört einer der beteiligten Steuerverwaltungen an oder ist für diese tätig oder befand sich zu irgendeinem Zeitpunkt während der vorhergehenden drei Jahre in einer solchen Situation;
2. sie hat oder hatte eine wesentliche Beteiligung an oder ein Stimmrecht in einer jeweils betroffenen Person oder ist oder war zu irgendeinem Zeitpunkt während der letzten fünf Jahre vor der Benennung deren Angestellter oder Berater;
3. sie bietet keine hinreichende Gewähr für Unbefangenheit in dem zu schlichtenden Streitfall oder den zu schlichtenden Streitfällen;
4. sie ist Angestellter eines Unternehmens der Steuerberatung oder erteilt auf andere Weise berufsmäßig Steuerberatung oder befand sich zu irgendeinem Zeitpunkt während der letzten drei Jahre vor der Benennung in einer solchen Situation.

§ 5 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können verlangen, dass eine unabhängige Person, die gemäß § 2 oder § 3 benannt worden ist, oder deren Stellvertreter etwaige Interessen, Beziehungen oder alle sonstigen Angelegenheiten offenlegt, die die Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit dieser Person im Verfahren beeinträchtigen oder den begründeten Anschein von Befangenheit erwecken könnten.

Eine dem Beratenden Ausschuss angehörende unabhängige Person darf sich innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, nachdem die Entscheidung des Beratenden Ausschusses ergangen ist, nicht in einer Situation befinden, aufgrund deren, hätte sie sich zum Zeitpunkt der Benennung für denselben Beratenden Ausschuss in dieser Situation befunden, eine zuständige Behörde Einwände gegen ihre Benennung gemäß diesem Paragraphen hätte erheben können.

§ 6 - Die Vertreter der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde und die gemäß § 1 benannten unabhängigen Personen wählen aus der in Artikel 10 genannten Liste von Personen einen Vorsitzenden. Sofern von den genannten Vertretern jeder zuständigen Behörde und den unabhängigen Personen nichts anderes vereinbart wird, wird der Vorsitz von einem Richter wahrgenommen.

Art. 10 - Liste der unabhängigen Personen

§ 1 - Die Liste der unabhängigen Personen enthält alle von den Mitgliedstaaten benannten unabhängigen Personen.

Für die in Absatz 1 genannte Liste benennt die Regierung mindestens drei kompetente und unabhängige Personen, die unparteiisch und integer handeln können. Die Regierung kann diesbezüglich ein Zusammenarbeitsabkommen abschließen.

§ 2 - Die Regierung teilt der Europäischen Kommission die Namen der von ihr benannten unabhängigen Personen mit.

Die Regierung übermittelt der Europäischen Kommission außerdem vollständige und aktuelle Informationen zum beruflichen und akademischen Werdegang der in Absatz 1 genannten Personen sowie zu deren Fähigkeiten, Fachkenntnissen und eventuellen Interessenkonflikten.

Die Regierung kann in der Mitteilung angeben, welche der in Absatz 1 genannten Personen mit dem Vorsitz betraut werden kann.

§ 3 - Die Regierung unterrichtet die Europäische Kommission unverzüglich über jede Änderung der Liste der unabhängigen Personen.

Die Regierung richtet Verfahren für die Streichung einer von ihr benannten Person aus der Liste der unabhängigen Personen für den Fall ein, dass diese Person nicht länger unabhängig ist.

Wenn die Regierung unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels berechnete Einwände aufgrund mangelnder Unabhängigkeit gegen eine unabhängige Person aus der in § 1 genannten Liste erheben kann, so teilt sie dies der Europäischen Kommission mit und belegt ihre Bedenken durch entsprechende Nachweise.

Die Europäische Kommission unterrichtet ihrerseits Belgien über die Einwände und Nachweise, die ein anderer Mitgliedstaat gegen die Unabhängigkeit einer unabhängigen Person erhoben hat. Die Regierung überprüft diese Einwände und Nachweise innerhalb von sechs Monaten und entscheidet, ob die betreffende Person auf der Liste belassen oder von ihr gestrichen wird.

Die Regierung setzt dann umgehend die Europäische Kommission von ihrer Entscheidung in Kenntnis.

Art. 11 - Ausschuss für alternative Streitbeilegung

§ 1 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können vereinbaren, einen Ausschuss für alternative Streitbeilegung einzusetzen, der anstelle des in Artikel 9 genannten Beratenden Ausschusses eine Stellungnahme gemäß Artikel 15 zu der Frage abgibt, wie die Streitfrage gelöst werden soll.

Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können ferner vereinbaren, einen Ausschuss für alternative Streitbeilegung in Form eines Ausschusses mit dem Charakter eines ständigen Gremiums als sogenannten "Ständiger Ausschuss" einzusetzen.

§ 2 - Mit Ausnahme der Bestimmungen in Bezug auf die Unabhängigkeit seiner Mitglieder gemäß Artikel 9 §§ 4 und 5 kann sich der Ausschuss für alternative Streitbeilegung hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Form von dem Beratenden Ausschuss unterscheiden.

Ein Ausschuss für alternative Streitbeilegung kann, soweit dies angemessen ist, jegliche Verfahren oder Techniken zur verbindlichen Streitbeilegung anwenden. Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können sich darüber einig machen, dass der Ausschuss für alternative Streitbeilegung jede andere Art der Streitbeilegung anwenden kann.

§ 3 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde vereinbaren die Geschäftsordnung des Ausschusses für alternative Streitbeilegung gemäß Artikel 12.

§ 4 - Die Artikel 13 und 14 gelten für den Ausschuss für alternative Streitbeilegung, sofern in der Geschäftsordnung gemäß Artikel 12 nichts anderes vereinbart wurde.

Art. 12 - Geschäftsordnung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung

§ 1 - Die zuständige Behörde übermittelt der betroffenen Person innerhalb der in Artikel 7 § 1 festgelegten Frist von 120 Tagen Folgendes:

1. die Geschäftsordnung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung;
2. ein Datum, bis zu dem die Stellungnahme zur Lösung der Streitfrage abzugeben ist;
3. Angaben zu allen anwendbaren Bestimmungen des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten und allen anwendbaren Abkommen oder Übereinkünften.

§ 2 - Die Geschäftsordnung wird von der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde unterzeichnet.

In der Geschäftsordnung werden insbesondere folgende Punkte geregelt:

1. Beschreibung der Streitfrage und deren Merkmale;
2. Beschreibung der rechtlichen und faktischen Fragestellungen, auf die sich die zuständige Behörde und die ausländische Behörde geeinigt haben;

3. Form des Streitbeilegungsgremiums, bei dem es sich entweder um einen Beratenden Ausschuss oder einen Ausschuss für alternative Streitbeilegung zu handeln hat, sowie Art des Verfahrens für die alternative Streitbeilegung, wenn dieses vom Verfahren der unabhängigen Stellungnahme, das von einem Beratenden Ausschuss angewandt wird, abweicht;

4. Zeitrahmen für das Streitbeilegungsverfahren;

5. Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung, einschließlich der Anzahl und der Namen der Mitglieder, Angaben zu deren Kompetenz und Qualifikationen sowie Offenlegung von etwaigen Interessenkonflikten der Mitglieder;

6. Regeln für die Beteiligung der betroffenen Person(en) und von Dritten am Verfahren, Austausch von Schriftsätzen, Informationen und Nachweisen, Kosten, Art des Streitbeilegungsverfahrens und sonstige wichtige verfahrenstechnische oder organisatorische Aspekte;

7. logistische Regelungen für das Verfahren des Beratenden Ausschusses und die Abgabe seiner Stellungnahme.

Wird ein Beratender Ausschuss eingesetzt, um eine Stellungnahme gemäß Artikel 7 § 1 Absatz 1 Nummer 1 abzugeben, sind nur die in Artikel 12 § 2 Absatz 2 Nummern 1, 4, 5 und 6 genannten Punkte in der Geschäftsordnung festzulegen.

§ 3 - Wenn die Geschäftsordnung unvollständig ist oder der betroffenen Person nicht übermittelt wurde, kommt die durch die Europäische Kommission festgelegte Standardgeschäftsordnung zur Anwendung.

§ 4 - Wenn die Geschäftsordnung der betroffenen Person nicht von der zuständigen Behörde gemäß § 1 und § 2 übermittelt wurde, ergänzen die unabhängigen Personen und der Vorsitzende die Geschäftsordnung auf der Grundlage der gemäß § 3 festgelegten Standardgeschäftsordnung und übermitteln sie der betroffenen Person innerhalb von zwei Wochen ab dem Zeitpunkt der Einsetzung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung.

Wenn die unabhängigen Personen und der Vorsitzende keine Einigung über die Geschäftsordnung erzielt oder diese nicht der betroffenen Person übermittelt haben, können die betroffenen Personen sich an den Präsidenten des Gerichts erster Instanz wenden, um eine Anordnung für die Festlegung und die Anwendung der Geschäftsordnung zu erwirken.

Art. 13 - Kosten des Verfahrens

§ 1 - Außer in den in § 2 genannten Fällen und sofern die zuständige Behörde und die ausländische Behörde nichts anderes vereinbart haben, werden die folgenden Kosten zu gleichen Teilen von den Mitgliedstaaten getragen:

1. die Auslagen der unabhängigen Personen entsprechend einem Betrag in Höhe des Durchschnitts des üblichen Erstattungsbetrags für hochrangige Beamte der betroffenen Mitgliedstaaten und;

2. gegebenenfalls das Honorar für die unabhängigen Personen in Höhe von höchstens 1.000 Euro pro Person und pro Tag für jeden Sitzungstag des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung.

Der betroffenen Person entstehende Kosten werden von den Mitgliedstaaten nicht getragen.

§ 2 - Wenn die betroffene Person

1. eine Mitteilung über die Rücknahme der Beschwerde gemäß Artikel 4 § 6 gemacht hat oder

2. nach einer Zurückweisung gemäß Artikel 6 § 1 einen Antrag gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 § 1 gestellt hat und der Beratende Ausschuss befunden hat, dass die zuständige Behörde und die ausländische Behörde die Beschwerde zu Recht zurückgewiesen haben, und sofern die zuständige Behörde und die ausländische Behörde zustimmen, werden sämtliche in § 1 Nummer 1 und 2 genannten Kosten von der betroffenen Person getragen.

Art. 14 - Information, Nachweise und Anhörung

§ 1 - Für die Zwecke des in Artikel 7 genannten Verfahrens können die betroffenen Personen, sofern die zuständige Behörde und die ausländische Behörde zustimmen, dem Beratenden Ausschuss oder dem Ausschuss für alternative Streitbeilegung jegliche Informationen, Nachweise oder Unterlagen vorlegen, die für die Entscheidung relevant sein könnten.

Die betroffenen Personen und die zuständige Behörde legen dem Beratenden Ausschuss oder dem Ausschuss für alternative Streitbeilegung auf Anfrage alle Informationen, Nachweise oder Unterlagen vor.

Die zuständige Behörde kann sich jedoch in folgenden Fällen weigern, dem Beratenden Ausschuss Informationen vorzulegen:

1. die Erlangung der Informationen erfordert die Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen, die gegen nationales Recht verstoßen;

2. die Informationen können gemäß dem nationalen Recht nicht beschafft werden;

3. die Informationen betreffen Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisse oder ein Geschäftsverfahren;

4. die Preisgabe der Informationen widerspricht der öffentlichen Ordnung.

§ 2 - Die betroffenen Personen können auf eigenen Antrag und mit Zustimmung der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde vor einem Beratenden Ausschuss oder einem Ausschuss für alternative Streitbeilegung erscheinen oder sich vertreten lassen.

Auf Aufforderung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung müssen die betroffenen Personen oder ihre Vertreter vor dem Ausschuss erscheinen.

Art. 15 - Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung

§ 1 - Ein Beratender Ausschuss oder ein Ausschuss für alternative Streitbeilegung gibt seine Stellungnahme an die zuständige Behörde und die ausländische Behörde spätestens sechs Monate nach dem Datum seiner Einsetzung ab.

Ist nach Auffassung des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung die Streitfrage so beschaffen, dass die Abgabe einer Stellungnahme mehr als sechs Monate in Anspruch nehmen wird, so kann die in Absatz 1 genannte Frist um drei Monate verlängert werden.

Der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung setzt die zuständige Behörde, die ausländische Behörde und die betroffenen Personen über die in Absatz 2 genannte Verlängerung in Kenntnis.

§ 2 - Der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung stützt sich bei der Abfassung seiner Stellungnahme auf das anwendbare Abkommen oder Übereinkommen gemäß Artikel 2 sowie auf etwaige anwendbare nationale Vorschriften und die ähnlichen Rechtsvorschriften des anderen betroffenen Mitgliedstaates.

§ 3 - Der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung gibt seine Stellungnahme mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder ab.

Kommt keine Mehrheit gemäß Absatz 1 zustande, entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende übermittelt die Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde.

Art. 16 - Abschließende Entscheidung

§ 1 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde einigen sich innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung darüber, wie die Streitfrage zu lösen ist.

§ 2 - Die zuständige Behörde kann, in Übereinstimmung mit der ausländischen Behörde, eine von der Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung abweichende Entscheidung treffen. Erzielen die zuständige Behörde und die ausländische Behörde jedoch keine Einigung über die Lösung der Streitfrage, sind sie an diese Stellungnahme gebunden.

§ 3 - Die zuständige Behörde teilt der betroffenen Person die abschließende Entscheidung über die Lösung der Streitfrage unverzüglich mit.

Wird die abschließende Entscheidung nicht innerhalb von 30 Tagen, nachdem die Entscheidung getroffen wurde, mitgeteilt, kann die betroffene Person in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat gemäß den geltenden nationalen Vorschriften Rechtsbehelf einlegen, um die abschließende Entscheidung zu erhalten.

§ 4 - Die abschließende Entscheidung ist für die betroffenen Mitgliedstaaten verbindlich und stellt keinen Präzedenzfall dar.

Die abschließende Entscheidung wird umgesetzt, sofern die betroffenen Personen innerhalb von 60 Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem die abschließende Entscheidung mitgeteilt wurde, der abschließenden Entscheidung zustimmen und gegebenenfalls auf das Recht auf jegliche innerstaatliche Rechtsbehelfe verzichten.

Die endgültige Entscheidung wird nicht umgesetzt, sollte ein Urteil oder eine Entscheidung feststellen, dass der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung nicht ausreichend unabhängig gemäß Artikel 9 §§ 4 und 5 gewesen ist.

Wurde die abschließende Entscheidung nicht umgesetzt, kann die betroffene Person gemäß Artikel 1385*decies* und 1385*undecies* des Gerichtsgesetzbuchs beim Gericht erster Instanz Klage erheben, damit die Umsetzung der abschließenden Entscheidung durchgesetzt wird.

Art. 17 - Wechselwirkung mit nationalen Verfahren und Ausnahmen

§ 1 - Die betroffene Person kann auf die in diesem Dekret vorgesehenen Verfahren zurückgreifen, auch wenn ein Steuerbescheid endgültig wird.

§ 2 - Die Vorlage einer Streitfrage im Rahmen des Verständigungsverfahrens gemäß Artikel 5 oder des Streitbeilegungsverfahrens gemäß Artikel 7 hindert die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht daran, Gerichtsverfahren oder Verwaltungs- und Strafverfahren in derselben Angelegenheit einzuleiten oder fortzusetzen.

§ 3 - Hat die betroffene Person ein Rechtsbehelfsverfahren eingeleitet, beginnen die Fristen gemäß Artikel 4 § 5 beziehungsweise gemäß Artikel 5 § 1 ab dem Tag, an dem ein in diesem Verfahren ergangenes Urteil rechtskräftig wurde oder dieses Verfahren anders endgültig zum Abschluss gebracht oder das Verfahren ausgesetzt wurde.

§ 4 - Hat das zuständige Gericht ein rechtskräftiges Urteil über eine Streitfrage gefällt und darf die Deutschsprachige Gemeinschaft von der Entscheidung nicht abweichen, teilt die zuständige Behörde der ausländischen Behörde das Urteil mit und:

1. das Verständigungsverfahren gemäß Artikel 5 ist ab dem Tag dieser Mitteilung zu beenden, falls bis zu diesem Datum keine Einigung über die Streitfrage erzielt wurde;

2. die betroffene Person kann sich nicht mehr auf Artikel 7 § 1 berufen, wenn die Streitfrage während des in Artikel 5 genannten Verfahrens des Verständigungsverfahrens nicht beigelegt wurde;

3. das Streitbeilegungsverfahren gemäß Artikel 7 ist zu beenden, falls die Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder einer anderen Justizbehörde zu einem Zeitpunkt erging, nachdem eine betroffene Person einen Antrag gemäß Artikel 7 § 1 gestellt hat, jedoch bevor der Beratende Ausschuss oder der Ausschuss für alternative Streitbeilegung der zuständigen Behörde und der ausländischen Behörde seine Stellungnahme gemäß Artikel 15 übermittelt hat. In diesem Fall hat die zuständige Behörde nicht nur die ausländische Behörde, sondern auch den Beratenden Ausschuss oder den Ausschuss für alternative Streitbeilegung von der Wirksamkeit der Entscheidung des maßgeblichen Gerichts oder der maßgeblichen anderen Justizbehörde in Kenntnis zu setzen.

§ 5 - Durch das Einreichen einer Beschwerde gemäß Artikel 4 wird jedes andere laufende Verfahren nach dem Verständigungsverfahren oder Streitbeilegungsverfahren gemäß einem Abkommen oder Übereinkommen, das im Zusammenhang mit der relevanten Streitfrage ausgelegt oder angewandt wird, beendet. Dieses andere laufende Verfahren im Zusammenhang mit der relevanten Streitfrage endet mit Wirkung ab dem Tag des erstmaligen Eingangs der Beschwerde bei der zuständigen Behörde oder der ausländischen Behörde.

§ 6 - Abweichend von Artikel 7 kann die zuständige Behörde den Zugang zu dem Streitbeilegungsverfahren gemäß demselben Artikel verweigern, wenn in der internen Rechtsordnung wegen Steuerbetrug, vorsätzlicher Nichterfüllung und grober Fahrlässigkeit Strafen im Zusammenhang mit den berichtigten Einkommen oder Vermögen verhängt wurden. Würden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren eingeleitet, die möglicherweise zu entsprechenden Strafen führen können, und werden diese Verfahren gleichzeitig mit einem der Verfahren gemäß diesem Dekret durchgeführt, so kann die zuständige Behörde die Verfahren gemäß diesem Dekret ab dem Zeitpunkt der Zulassung der Beschwerde bis zum Zeitpunkt der Beendigung jener Verfahren aussetzen.

§ 7 - Die zuständige Behörde kann im Einzelfall den Zugang zum Streitbeilegungsverfahren gemäß Artikel 7 verweigern, falls es bei einer Streitfrage nicht um Doppelbesteuerung geht. In einem solchen Fall informiert die zuständige Behörde unverzüglich die betroffene Person und die ausländische Behörde.

Art. 18 - Sonderbestimmungen für natürliche Personen und kleinere Unternehmen

§ 1 - Die betroffene Person kann die Beschwerde, die Antwort auf ein Ersuchen um zusätzliche Informationen, die Rücknahme oder den Antrag gemäß Artikel 4 §§ 1, 4 und 6 bzw. Artikel 7 § 1, im Folgenden "Benachrichtigungen", abweichend von diesen Bestimmungen nur an die zuständige Behörde oder die ausländische Behörde des Mitgliedstaates, in dem die betroffene Person ihren Wohnsitz hat, einreichen, sofern es sich bei der betroffenen Person entweder um:

1. eine natürliche Person oder
2. nicht um ein großes Unternehmen handelt und sie nicht Teil einer großen Gruppe ist.

Die zuständige Behörde teilt der ausländischen Behörde dies innerhalb von zwei Monaten nach Eingang dieser Benachrichtigungen mit. Sobald diese Mitteilung erfolgt ist, gilt die Benachrichtigung der betroffenen Person zum Zeitpunkt dieser Mitteilung als an alle betroffenen Mitgliedstaaten übermittelt.

§ 2 - In Bezug auf zusätzliche Informationen gemäß Artikel 4 § 4 gilt, dass die zuständige Behörde, bei der die zusätzlichen Informationen eingegangen sind, der ausländischen Behörde eine Kopie zu übermitteln hat. Sobald diese Übermittlung erfolgt ist, gelten die zusätzlichen Informationen als allen betroffenen Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt des Eingangs der Informationen zugegangen.

Art. 19 - Bekanntmachung

§ 1 - Beratende Ausschüsse und Ausschüsse für alternative Streitbeilegung geben ihre in Artikel 15 genannten Stellungnahmen schriftlich ab.

§ 2 - Die zuständige Behörde und die ausländische Behörde können die Veröffentlichung des gesamten Wortlauts der in Artikel 16 genannten abschließenden Entscheidungen vorbehaltlich des Einverständnisses aller betroffenen Personen vereinbaren.

§ 3 - Ist die ausländische Behörde oder eine betroffene Person nicht mit der Veröffentlichung des gesamten Wortlauts der abschließenden Entscheidung einverstanden, veröffentlicht die zuständige Behörde eine Zusammenfassung der abschließenden Entscheidung.

Die in Absatz 1 genannte Zusammenfassung hat eine Beschreibung des Sachverhalts und des Streitgegenstands, das Datum, die betroffenen Steuerzeiträume, die Rechtsgrundlage, den Wirtschaftsbereich sowie eine Kurzbeschreibung des Endergebnisses zu enthalten. Die Art des Schiedsverfahrens ist ebenfalls anzugeben.

Die zuständige Behörde übermittelt die gemäß Absatz 1 zu veröffentlichenden Informationen vor ihrer Veröffentlichung der betroffenen Person. Spätestens 60 Tage ab dem Eingang dieser Informationen kann die betroffene Person bei der zuständigen Behörde beantragen, keine Informationen hinsichtlich Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnissen oder Geschäftsverfahren oder Informationen, die der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufen, zu veröffentlichen.

§ 4 - Die zuständige Behörde übermittelt der europäischen Kommission unverzüglich die gemäß § 3 zu veröffentlichenden Informationen.

Art. 20 - Geheimhaltungspflicht

§ 1 - Die Mitglieder eines beratenden Ausschusses oder eines Ausschusses für alternative Streitbeilegung haben die Informationen, die sie als Mitglieder eines beratenden Ausschusses oder eines Ausschusses für alternative Streitbeilegung erhalten, streng vertraulich zu behandeln.

§ 2 - Die betroffene Person und ihr Vertreter behandeln alle Informationen, einschließlich der Kenntnis der Dokumente, die sie im Laufe des Verfahrens erhalten, vertraulich.

Auf Antrag der zuständigen Behörde erklären die betroffene Person und ihr Vertreter, dass sie alle Informationen, einschließlich der Kenntnis der Dokumente, die sie im Laufe des Verfahrens erhalten, vertraulich.

Art. 21 - Verletzung der Geheimhaltungspflicht

Die Verletzung der in Artikel 20 vorgesehenen Geheimhaltungspflicht wird gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches geahndet.

Art. 22 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Die zuständige Behörde ist im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich, die für die Ausführung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets erforderlich sind.

Die im Rahmen des vorliegenden Dekrets erhobenen, unbedingt notwendigen und relevanten Daten werden in einer Datenbank gespeichert. Die zuständige Behörde verwaltet diese Datenbank in ihrer Eigenschaft als Verantwortlicher.

Unbeschadet ihrer notwendigen Speicherung für die Weiterverarbeitung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, für wissenschaftliche oder historische Forschung oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 der Datenschutz-Grundverordnung werden Mitteilungen, Informationen, Beweise und Dokumente so lange aufbewahrt, wie es für die Zwecke des vorliegenden Dekrets unbedingt erforderlich ist, unter Berücksichtigung der Zeit, die zur Beseitigung von Beschwerden auf der Grundlage von Artikel 4 erforderlich ist, ihrer Verjährung sowie von Verfahren vor den zuständigen Gerichten.

§ 2 - Vor der Veröffentlichung der in Artikel 19 §§ 2 und 3 genannten abschließende Entscheidungen und Zusammenfassungen sind die darin genannten personenbezogenen Daten zu löschen.

§ 3 - In Abweichung von § 1 ist die Regierung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung für die Verarbeitung der in Artikel 10 genannten personenbezogenen Daten verantwortlich.

Die im Rahmen des vorliegenden Dekrets erhobenen, unbedingt notwendigen und relevanten Daten werden in einer Datenbank gespeichert. Die Regierung verwaltet diese Datenbank in ihrer Eigenschaft als Verantwortlicher.

Unbeschadet ihrer notwendigen Speicherung für die Weiterverarbeitung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, für wissenschaftliche oder historische Forschung oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 der Datenschutz-Grundverordnung werden die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten aufbewahrt, solange die Personen, auf die sie sich beziehen, als unabhängige Personen benannt sind. Sie werden spätestens ein Jahr nach Beendigung ihrer Tätigkeit gelöscht.

Art. 23 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2019 in Kraft für Streitigkeiten über Einkommen oder Vermögen, die in einem Steuerjahr erzielt wurden, das am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 25. November 2019

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2019-2020

Nummeriertes Dokument:

28 (2019-2020) Nr. 1 Dekretentwurf

28 (2019-2020) Nr. 2 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 25. November 2019 - Nr. 5 Diskussion und Abstimmung

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/205751]

25 NOVEMBRE 2019. — Décret concernant les mécanismes de règlement des différends fiscaux dans l'Union européenne

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Clause européenne

Ce décret transpose la directive (UE) 2017/1852 du conseil du 10 octobre 2017 concernant les mécanismes de règlement des différends fiscaux dans l'Union européenne.

Art. 2. Champ d'application

Le présent décret établit des règles et des procédures relatives à un mécanisme destiné à régler les différends entre États membres lorsque ces différends découlent de l'interprétation et de l'application d'accords et de conventions qui prévoient l'élimination de la double imposition du revenu et, le cas échéant, de la fortune.

Art. 3. Définitions

§ 1^{er} - Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° autorité compétente : l'autorité compétente belge;

2° juridiction compétente : la juridiction compétente conformément à la troisième partie du Code judiciaire;

3° autorité étrangère : l'autorité d'un autre État membre que la Belgique, désignée comme autorité compétente par l'État membre en question;

4° double imposition : l'imposition par deux États membres (ou plus) concernant des impôts relevant d'un accord ou d'une convention, visé à l'article 2, sur le même revenu ou la même fortune imposable lorsque cette imposition donne lieu soit à une charge fiscale supplémentaire ou une augmentation de la charge fiscale, soit à une annulation ou une réduction des pertes, qui pourraient être utilisées pour compenser des bénéfices imposables;

5° personne concernée : toute personne, y compris un particulier, qui est résident fiscal d'un État membre et dont l'imposition est directement matière à différend;

6° différend : l'objet de l'un des litiges mentionnés à l'article 2;

7° État membre : un État membre de l'Union européenne;

8° grande entreprise : une grande entreprise au sens de la directive 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 relative aux états financiers consolidés et aux rapports y afférents de certaines formes d'entreprises, modifiant la directive 2006/43/CE du Parlement européen et du Conseil et abrogeant les directives 78/660/CEE et 83/349/CEE du Conseil;

9° grand groupe : un grand groupe au sens de la directive 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 relative aux états financiers consolidés et aux rapports y afférents de certaines formes d'entreprises, modifiant la directive 2006/43/CE du Parlement européen et du Conseil et abrogeant les directives 78/660/CEE et 83/349/CEE du Conseil;

10° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

§ 2 - Tout terme qui n'est pas défini dans le présent décret a, sauf si le contexte exige une interprétation différente, le sens que lui attribue à ce moment-là l'accord ou la convention pertinent, visé à l'article 2, qui s'applique à la date de la réception de la première notification de la mesure qui a entraîné ou entraînera un différend. En l'absence de définition dans le cadre de l'accord ou de la convention précités, un terme non défini a la signification prévue à ce moment-là aux fins des impôts auxquels ledit accord ou ladite convention s'applique, toute signification attribuée par la législation fiscale applicable primant une signification donnée dans une autre législation.

Art. 4. Réclamation

§ 1^{er} - Toute personne concernée est en droit d'introduire une réclamation concernant un différend auprès de l'autorité compétente, en demandant le règlement du différend.

La réclamation est soumise dans un délai de trois ans à compter de la réception de la première notification de la mesure qui entraîne ou entraînera un différend, que la personne concernée utilise ou non les voies de recours disponibles.

La personne concernée introduit simultanément la réclamation auprès de l'autorité compétente et de chaque autorité étrangère en joignant chaque fois les mêmes informations et en indiquant, dans la réclamation, quels sont les autres États membres concernés.

§ 2 - L'autorité compétente accuse réception de la réclamation dans un délai de deux mois à compter de sa réception.

L'autorité compétente informe en outre l'autorité étrangère de cette réception dans le délai prévu à l'alinéa 1^{er}.

À ce moment-là, l'autorité compétente informe l'autorité étrangère de la langue ou des langues qu'elle a l'intention d'utiliser dans ses communications au cours des procédures concernées.

§ 3 - La réclamation mentionnée dans le § 1^{er} n'est acceptée que si la personne concernée qui l'a introduite fournit à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère les informations suivantes :

1° le ou les noms, la ou les adresses, le ou les numéros d'identification fiscale et toutes autres informations nécessaires à l'identification de la ou des personnes concernées ayant introduit la réclamation auprès de l'autorité compétente et de l'autorité étrangère, et de toute autre personne intéressée;

2° les périodes fiscales concernées;

3° des précisions sur les faits et circonstances à prendre en considération dans le cas d'espèce - y compris sur la structure de la transaction et les relations entre la personne concernée et les autres parties aux transactions concernées, ainsi que sur tous faits établis de bonne foi dans un accord mutuellement contraignant entre la personne concernée et l'administration fiscale, le cas échéant - et, plus particulièrement, sur la nature et la date des mesures donnant lieu au différend (y compris, le cas échéant, des précisions sur les mêmes revenus perçus dans l'autre État membre et sur l'inclusion de ces revenus parmi les revenus imposables dans l'autre État membre, et des précisions sur les impôts exigés ou qui seront exigés au titre de ces revenus dans l'autre État membre), ainsi que sur les montants correspondants dans les monnaies des États membres concernés, avec une copie de toute pièce justificative;

4° une référence aux dispositions nationales applicables et à l'accord ou à la convention mentionné à l'article 2. Lorsque plusieurs accords ou conventions sont applicables, la personne concernée qui a introduit la réclamation précise quel accord ou convention donne lieu à interprétation dans le cadre du différend en question. Cet accord ou cette convention est l'accord ou la convention applicable aux fins du présent décret;

5° les informations suivantes fournies par la personne concernée qui a introduit la réclamation auprès de l'autorité compétente et de l'autorité étrangère, avec des copies de toute pièce justificative :

a) une explication des raisons pour lesquelles la personne concernée estime qu'il y a matière à différend;

b) des informations détaillées sur les actions en justice et procédures de recours engagées par la personne concernée à propos des transactions concernées et sur toute décision de justice portant sur le différend;

c) un engagement de la personne concernée de répondre de manière aussi complète et rapide que possible à toutes les requêtes appropriées formulées par l'autorité compétente ou l'autorité étrangère et de fournir toute pièce demandée par ladite autorité compétente ou ladite autorité étrangère;

d) une copie de la décision d'imposition définitive sous la forme d'un avis d'imposition définitif, du rapport de contrôle fiscal ou de tout autre document équivalent entraînant le différend et une copie de tout autre document émis par les autorités fiscales concernant le différend, le cas échéant;

e) des informations sur toute réclamation introduite par la personne concernée dans le cadre d'une autre procédure amiable ou procédure de règlement des différends au sens de l'article 17, § 5, et un engagement explicite par lequel la personne concernée déclare qu'elle respectera les dispositions de l'article 17, § 5, le cas échéant;

6° toute information spécifique complémentaire demandée par l'autorité compétente et l'autorité étrangère qui est considérée comme nécessaire pour procéder à un examen au fond du cas d'espèce.

§ 4 - L'autorité compétente peut demander les informations visées au § 3, 6°, dans un délai de trois mois à compter de la réception de la réclamation.

D'autres demandes d'informations peuvent être adressées au cours de la procédure amiable prévue à l'article 5 si l'autorité compétente le juge nécessaire.

La demande mentionnée au § 3, 6°, ne devrait pas conduire à divulguer un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial.

Une personne concernée qui reçoit une demande conformément au § 3, 6°, répond dans un délai de trois mois à compter de la réception de cette demande.

Une copie de la réponse mentionnée à l'alinéa 4 est adressée simultanément à l'autorité étrangère.

§ 5 - L'autorité compétente prend une décision sur l'acceptation ou le rejet de la réclamation dans un délai de six mois à compter de la réception de celle-ci ou dans un délai de six mois à compter de la réception des informations visées au § 3, 6°, la date la plus tardive étant retenue.

L'autorité compétente informe sans tarder la personne concernée et l'autorité étrangère de sa décision.

L'autorité compétente peut, dans le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, régler le différend sur une base unilatérale sans faire intervenir l'autorité étrangère. Dans ce cas, l'autorité compétente informe sans tarder la personne concernée et l'autorité étrangère. À la suite de cette notification, il est mis fin aux procédures engagées au titre de la réclamation.

§ 6 - Lorsqu'une personne concernée souhaite retirer une réclamation, elle présente une notification écrite de retrait simultanément à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère.

La notification mentionnée à l'alinéa 1^{er} met fin avec effet immédiat à toutes les procédures engagées au titre du présent décret.

L'autorité compétente qui reçoit une notification mentionnée à l'alinéa 1^{er} informe sans tarder l'autorité étrangère de la fin des procédures.

Si, pour quelque raison que ce soit, un différend cesse d'exister, toutes les procédures au titre du présent décret prennent fin avec effet immédiat et l'autorité compétente informe sans tarder la personne concernée de cet état de fait et des raisons générales qui y sont liées.

Art. 5. Procédure amiable

§ 1^{er} - Lorsque l'autorité compétente et l'autorité étrangère acceptent une réclamation mentionnée à l'article 4, elles s'efforcent de régler le différend à l'amiable dans un délai de deux ans à compter de la dernière notification d'une décision de l'un des États membres d'accepter la réclamation.

Le délai de deux ans visé au premier alinéa peut être prorogé d'un an maximum à la demande de l'autorité compétente, adressée à l'autorité étrangère et accompagnée d'une justification écrite.

§ 2 - Une fois que l'autorité compétente et l'autorité étrangère sont parvenues à un accord sur la manière de régler le différend dans le délai prévu au § 1^{er}, elle notifie sans tarder cet accord à la personne concernée sous la forme d'une décision contraignante pour l'autorité et exécutoire pour la personne concernée, sous réserve que cette dernière accepte la décision et renonce au droit à toute autre voie de recours, le cas échéant.

Au cas où des procédures concernant ces autres voies de recours mentionnées à l'alinéa 1^{er} ont déjà commencé, la décision ne devient contraignante et exécutoire qu'une fois que la personne concernée a fourni à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère des éléments de preuve attestant que des mesures ont été prises pour mettre fin auxdites procédures. Ces éléments de preuve sont fournis au plus tard soixante jours à compter de la date à laquelle la décision mentionnée à l'alinéa 1^{er} a été notifiée à la personne concernée. La décision est alors appliquée sans tarder, quels que soient les délais prévus par le droit national.

§ 3 - Lorsque l'autorité compétente et l'autorité étrangère ne sont pas parvenues à un accord sur la manière de régler le différend dans le délai visé au § 1^{er}, l'autorité compétente en informe la personne concernée en indiquant les raisons générales pour lesquelles il n'a pas été possible de parvenir à un accord.

Art. 6. Décision de l'autorité compétente concernant la réclamation

§ 1^{er} - L'autorité compétente peut décider de rejeter une réclamation dans le délai prévu à l'article 4, § 5 :

1° si la réclamation ne comporte pas les informations requises en vertu de l'article 4, § 3, notamment toute information demandée en vertu de l'article 4, § 3, 6°, qui n'a pas été présentée dans le délai prévu à l'article 4, § 4;

2° s'il n'y a pas matière à différend;

3° si la réclamation n'a pas été soumise dans le délai de trois ans prévu à l'article 4, § 1^{er}.

Lorsqu'elle informe la personne concernée conformément à l'article 4, § 5, l'autorité compétente fournit les raisons générales qui motivent le rejet mentionné à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Lorsque l'autorité compétente n'a pas pris de décision sur la réclamation dans le délai prévu à l'article 4, § 5, la plainte est réputée acceptée par ladite autorité compétente.

§ 3 - La personne concernée est en droit de contester la décision de l'autorité compétente conformément aux articles 1385*decies* et 1385*undecies* du Code judiciaire lorsque l'autorité compétente et l'autorité étrangère ont rejeté la réclamation.

Une personne concernée qui exerce ce droit de recours mentionné à l'alinéa 1^{er} ne peut présenter une demande en vertu de l'article 7, § 1^{er}, 1° :

1° tant que la décision fait encore l'objet d'un recours;

2° lorsque la décision de rejet peut encore faire l'objet d'un recours dans le cadre de la procédure de recours en vigueur dans les États membres concernés;

3° lorsqu'une décision de rejet a été confirmée dans le cadre de la procédure de recours visée au 1°, mais qu'il n'est pas possible de déroger à la décision de la juridiction ou des autres organes judiciaires compétents dans l'un des États membres concernés.

Lorsque le droit de recours a été exercé, la décision de la juridiction ou de tout autre organe judiciaire compétent est prise en compte aux fins de l'article 7, § 1^{er}, 1°.

Art. 7. Règlement des différends en commission consultative

§ 1^{er} - Sur demande présentée par la personne concernée, une commission consultative est constituée par l'autorité compétente et l'autorité étrangère, conformément à l'article 9, lorsque :

1° la réclamation introduite par cette personne concernée a été rejetée au titre de l'article 6, § 1^{er}, par l'autorité compétente ou par l'autorité étrangère;

2° l'autorité compétente et l'autorité étrangère ont accepté la réclamation qui a été introduite par la personne concernée, mais ne sont pas parvenues à un accord sur la manière de régler le différend à l'amiable dans le délai prévu à l'article 5, § 1^{er}.

La personne concernée ne peut présenter la demande mentionnée à l'alinéa 1^{er} que si aucun recours ne peut être introduit contre un rejet visé à l'article 6, § 1^{er}, aucun recours n'est en instance ou si la personne concernée a formellement renoncé à son droit de recours. La demande comprend une déclaration à cet effet.

La personne concernée présente par écrit la demande de constituer une commission consultative au plus tard dans un délai de cinquante jours à compter de la date de réception de la notification au titre de l'article 4, § 5, ou de l'article 5, § 3, ou dans un délai de cinquante jours à compter de la date du prononcé de la décision par la juridiction ou l'organe judiciaire compétent au titre de l'article 5, § 3, selon le cas.

La commission consultative est constituée au plus tard dans un délai de cent-vingt jours à compter de la date de la réception de la demande mentionnée à l'alinéa 1^{er} et, une fois qu'elle est constituée, son président en informe sans tarder la personne concernée.

§ 2 - La commission consultative constituée dans le cas visé au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, adopte une décision concernant l'acceptation de la réclamation dans un délai de six mois à compter de la date de sa constitution.

Elle notifie sa décision à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère dans un délai de trente jours suivant l'adoption de ladite décision.

Lorsque la commission consultative confirme que toutes les exigences mentionnées à l'article 4 ont été remplies, la procédure amiable prévue à l'article 5 est engagée sur demande de l'autorité compétente ou de l'autorité étrangère.

Si l'autorité compétente décide d'engager la procédure amiable mentionnée à l'alinéa 3, elle notifie cette demande à la commission consultative, à l'autorité étrangère et à la personne concernée.

Le délai prévu à l'article 5, § 1^{er}, commence à courir à compter de la date de la notification de la décision prise par la commission consultative, selon laquelle elle accepte la réclamation.

Si ni l'autorité compétente ni l'autorité étrangère n'a demandé l'ouverture de la procédure amiable dans un délai de soixante jours à compter de la notification de la décision de la commission consultative, ladite commission rend un avis sur la manière de régler le différend, comme cela est prévu à l'article 15, § 1^{er}. Dans ce cas, aux fins de l'article 15, § 1^{er}, la commission consultative est réputée avoir été constituée à la date d'expiration dudit délai de soixante jours.

§ 3 - Dans le cas visé au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, la commission consultative rend un avis sur la manière de régler le différend, conformément à l'article 15, § 1^{er}.

Art. 8. Nominations par les juridictions compétentes

§ 1^{er} - Si aucune commission consultative n'est constituée dans le délai prévu à l'article 7, § 1^{er}, toute personne concernée peut demander à une juridiction compétente de constituer une commission consultative.

Lorsque l'autorité compétente n'a pas procédé à la nomination d'au moins une personnalité indépendante et d'un suppléant dans le délai mentionné au § 2, la personne concernée peut demander à la juridiction compétente de nommer une personnalité indépendante et son suppléant à partir de la liste visée à l'article 10.

Si tant l'autorité compétente que les autorités étrangères n'ont procédé à aucune nomination, la personne concernée peut demander à la juridiction compétente de nommer les deux personnalités indépendantes à partir de la liste visée à l'article 10.

Les personnalités indépendantes mentionnées à l'alinéa 2 désignent le président par tirage au sort à partir de la liste des personnalités indépendantes, conformément à l'article 9, § 3.

Les personnes concernées soumettent leur document de saisine relatif à la nomination des personnalités indépendantes et de leurs suppléants à chacun de leurs États de résidence, si plus d'une personne concernée intervient dans la procédure, ou aux États membres dont les autorités compétentes n'ont pas procédé à la nomination d'au moins une personnalité indépendante et d'un suppléant, si une seule personne concernée intervient.

§ 2 - Les nominations conformément au § 1^{er} sont portées devant la juridiction compétente uniquement à l'expiration de la période de cent-vingt jours visée à l'article 7, § 1^{er}, et ce, dans un délai de trente jours suivant le terme de ladite période.

§ 3 - Dans les cas mentionnés au § 1^{er}, la juridiction compétente peut nommer les personnalités indépendantes conformément à l'article 1680, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du Code judiciaire. La juridiction compétente communique cette décision à l'autorité compétente qui, à son tour, informe sans tarder les autorités étrangères.

L'autorité compétente de l'État membre qui, initialement, n'avait pas désigné la personnalité indépendante et le suppléant est habilitée à introduire un recours contre une décision de la juridiction ou de l'organe de nomination national de cet État membre, pour autant que son droit national l'y autorise. En cas de rejet, le requérant est en droit d'introduire un recours contre la décision de la juridiction, conformément aux règles de procédure nationales.

Art. 9. Commission consultative

§ 1^{er} - La commission consultative visée à l'article 7 est composée comme suit :

1^o un président;

2^o un représentant de l'autorité compétente et un représentant de l'autorité étrangère. Si l'autorité compétente et l'autorité étrangère en conviennent, le nombre de ces représentants peut être porté à deux pour chaque autorité;

3^o une personnalité indépendante, qui est nommée par chaque autorité compétente des États membres concernés à partir de la liste visée à l'article 10. Si l'autorité compétente et l'autorité étrangère en conviennent, le nombre des personnalités ainsi désignées peut être porté à deux pour chaque autorité compétente.

§ 2 - Les règles applicables à la nomination des personnalités indépendantes mentionnées au § 1^{er}, 3^o, sont convenues entre l'autorité compétente et l'autorité étrangère.

À la suite de la nomination des personnalités indépendantes, un suppléant est nommé pour chacune d'entre elles, conformément aux dispositions relatives à la nomination des personnalités indépendantes, pour le cas où celles-ci seraient empêchées de remplir leurs fonctions.

§ 3 - Lorsqu'il n'a pas été convenu de règles applicables à la nomination de personnalités indépendantes conformément au § 2, il est procédé à la nomination de ces personnes par tirage au sort.

§ 4 - Sauf dans le cas où les personnalités indépendantes ont été nommées par la juridiction compétente conformément à l'article 8, § 1^{er}, l'autorité compétente peut récuser toute personnalité indépendante pour tout motif convenu à l'avance par l'autorité compétente et l'autorité étrangère ou pour l'un quelconque des motifs suivants :

1^o la personnalité en question appartient à l'une des administrations fiscales concernées, ou exerce des fonctions pour le compte de l'une de ces administrations, ou s'est trouvée dans une telle situation à un moment donné au cours des trois années précédentes;

2^o la personnalité détient ou a détenu une participation importante ou un droit de vote dans l'une des personnes concernées, ou elle a été l'employée ou la conseillère de l'une des personnes concernées, à un moment donné au cours des cinq années précédant la date de sa nomination;

3^o elle ne présente pas suffisamment de garanties d'objectivité pour le règlement du ou des différends à trancher;

4^o elle est une employée au sein d'une entreprise qui fournit des conseils fiscaux ou donne des conseils fiscaux à titre professionnel ou s'est trouvée dans une telle situation à un moment donné au cours d'une période d'au moins trois ans avant la date de sa nomination.

§ 5 - L'autorité compétente et l'autorité étrangère peuvent demander qu'une personnalité qui a été nommée conformément aux §§ 2 ou 3, ou son suppléant, déclare tout intérêt, toute relation ou tout autre élément qui serait de nature à nuire à son indépendance ou à son impartialité ou qui pourrait raisonnablement donner une impression de partialité au cours de la procédure.

Pendant une période de douze mois suivant la date à laquelle la décision de la commission consultative a été rendue, une personnalité indépendante faisant partie de la commission consultative ne peut se trouver dans une situation qui aurait pu conduire une autorité compétente à s'opposer à sa nomination, comme le prévoit le présent paragraphe, si elle avait été dans cette situation lors de sa nomination au sein de ladite commission consultative.

§ 6 - Les représentants de l'autorité compétente et de l'autorité étrangère ainsi que les personnalités indépendantes nommées conformément au § 1^{er} choisissent un président à partir de la liste visée à l'article 10. Sauf si les représentants de chaque autorité compétente et les personnalités indépendantes en conviennent autrement, le président est un juge.

Art. 10. Liste des personnalités indépendantes

§ 1^{er} - Il est établi une liste des personnalités indépendantes comprenant l'ensemble des personnalités indépendantes proposées par les États membres.

Aux fins de l'établissement de la liste mentionnée à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement propose au moins trois particuliers qui sont des personnes compétentes et indépendantes et qui peuvent agir de manière impartiale et intègre. Le Gouvernement peut, à cet égard, conclure un accord de coopération.

§ 2 - Le Gouvernement notifie à la Commission européenne les noms des personnalités indépendantes qu'il a nommées.

Le Gouvernement communique également à la Commission européenne des informations complètes et actualisées sur le parcours académique et professionnel des personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, leurs compétences, leur expertise et les éventuels conflits d'intérêts.

Le Gouvernement peut préciser dans la notification laquelle des personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} peut être désignée comme président.

§ 3 - Le Gouvernement informe sans tarder la Commission européenne de toute modification apportée à la liste des personnalités indépendantes.

Le Gouvernement met en place des procédures pour retirer de la liste des personnalités indépendantes toute personne qu'il a nommée si cette personne cesse d'être indépendante.

Lorsque, compte tenu des dispositions pertinentes du présent article, le Gouvernement a de bonnes raisons de s'opposer au maintien d'une personnalité indépendante sur la liste mentionnée à l'alinéa 1^{er} en raison d'un manque d'indépendance, il en informe la Commission européenne et fournit des éléments de preuve appropriés qui étayent ses préoccupations.

La Commission européenne informe à son tour la Belgique de l'opposition et des éléments de preuve soulevés par un autre État membre contre l'impartialité d'une personnalité indépendante. Le Gouvernement vérifie cette opposition et ces éléments de preuve dans un délai de six mois et décide de maintenir ou non cette personne sur la liste.

Le Gouvernement notifie ensuite sans délai sa décision à la Commission européenne.

Art. 11. Commission de règlement alternatif des différends

§ 1^{er} - L'autorité compétente et l'autorité étrangère peuvent convenir de constituer une commission de règlement alternatif des différends en lieu et place de la commission consultative mentionnée à l'article 9 pour rendre un avis sur la manière de régler le différend, conformément à l'article 15.

L'autorité compétente et l'autorité étrangère peuvent également convenir de constituer une commission de règlement alternatif des différends sous la forme d'un comité ayant un caractère permanent, dénommé « comité permanent ».

§ 2 - Excepté en ce qui concerne les règles relatives à l'indépendance de ses membres énoncées à l'article 9, §§ 4 et 5, la commission de règlement alternatif des différends peut différer de la commission consultative en ce qui concerne sa composition et sa forme.

Une commission de règlement alternatif des différends peut appliquer, le cas échéant, toute autre procédure ou technique de règlement des différends pour trancher le différend d'une manière contraignante. L'autorité compétente et l'autorité étrangère peuvent convenir que la commission de règlement alternatif des différends puisse utiliser tout autre type de procédure de règlement alternatif des différends.

§ 3 - Conformément à l'article 12, l'autorité compétente et l'autorité étrangère conviennent des règles de fonctionnement de la commission de règlement alternatif des différends.

§ 4 - Les articles 13 et 14 s'appliquent à la commission de règlement alternatif des différends, à moins qu'il en ait été convenu autrement dans les règles de fonctionnement visées à l'article 12.

Art. 12. Règles de fonctionnement de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends

§ 1^{er} - Dans le délai de cent-vingt jours fixé à l'article 7, § 1^{er}, l'autorité compétente communique à la personne concernée les informations suivantes :

1° les règles de fonctionnement de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends;

2° la date à laquelle l'avis sur le règlement du différend doit avoir été rendu;

3° les références à toute disposition juridique applicable dans le droit national des États membres et à tout accord ou convention applicable.

§ 2 - Les règles de fonctionnement sont signées par l'autorité compétente et l'autorité étrangère.

Les règles de fonctionnement prévoient notamment:

1° la description et les caractéristiques du différend;

2° le mandat sur lequel l'autorité compétente et l'autorité étrangère s'accordent en ce qui concerne les questions juridiques et factuelles à régler;

3° la forme de l'organe de règlement des différends, soit une commission consultative, soit une commission de règlement alternatif des différends, ainsi que le type de procédure pour tout règlement alternatif des différends, si elle diffère de la procédure d'avis indépendant appliquée par une commission consultative;

4° le calendrier de la procédure de règlement des différends;

5° la composition de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends, comprenant le nombre de membres, leurs noms, des détails quant à leurs compétences et leurs qualifications ainsi qu'une communication relative aux conflits d'intérêts;

6° les règles régissant la participation de la personne ou des personnes concernées et des tiers à la procédure, les échanges de notes, d'informations et d'éléments de preuve, les frais, le type de procédure de règlement de différend à utiliser et toute autre question procédurale ou organisationnelle pertinente;

7° les modalités logistiques pour les travaux et la remise de l'avis de la commission consultative.

Si une commission consultative est constituée pour rendre un avis en vertu de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 1^o, seules les informations visées à l'article 12, § 2, alinéa 2, 1^o, 4^o, 5^o et 6^o, figurent dans les règles de fonctionnement.

§ 3 - Si les règles de fonctionnement sont incomplètes ou qu'elles ne sont pas notifiées à la personne concernée, les règles de fonctionnement types fixées par la Commission européenne s'appliquent.

§ 4 - Lorsque l'autorité compétente n'a pas notifié les règles de fonctionnement à la personne concernée, conformément aux §§ 1^{er} et 2, les personnalités indépendantes et le président complètent les règles de fonctionnement sur la base des règles de fonctionnement types fixées conformément au § 3 et les transmettent à la personne concernée dans un délai de deux semaines à compter de la date de la constitution de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends.

Lorsque les personnalités indépendantes et le président ne se sont pas accordés sur les règles de fonctionnement ou ne les ont pas notifiées à la personne concernée, les personnes concernées peuvent s'adresser au président du tribunal de première instance afin d'obtenir une ordonnance aux fins d'établissement et d'exécution des règles de fonctionnement.

Art. 13. Frais de procédure

§ 1^{er} - Sauf disposition contraire au § 2, et à moins que l'autorité compétente et l'autorité étrangère en soient convenues autrement, les frais suivants sont répartis en parts égales entre les États membres :

1° le défraiement des personnalités indépendantes pour un montant correspondant à la moyenne des montants habituellement remboursés aux hauts fonctionnaires des États membres concernés; et

2° la rémunération des personnalités indépendantes est, le cas échéant, limitée à 1 000 euros par personne et par jour de réunion de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends.

Les frais exposés par la personne concernée ne sont pas à la charge des États membres.

§ 2 - Lorsque la personne concernée a présenté :

1° une notification de retrait de réclamation en vertu de l'article 4, § 6, ou

2° une demande au titre des dispositions de l'article 7, § 1^{er}, à la suite d'un rejet intervenu conformément à l'article 6, § 1^{er}, et après que la commission consultative a statué que c'est à bon droit que l'autorité compétente et l'autorité étrangère ont rejeté la réclamation, et lorsque l'autorité compétente et l'autorité étrangère en conviennent, tous les frais visés au § 1^{er}, 1^o et 2^o, sont à la charge de la personne concernée.

Art. 14. Renseignements, éléments de preuve et audition

§ 1^{er} - Aux fins de la procédure visée à l'article 7, dans la mesure où l'autorité compétente et l'autorité étrangère y consentent, les personnes concernées peuvent fournir à la commission consultative ou à la commission de règlement alternatif des différends tous renseignements, éléments de preuve ou documents susceptibles d'être utiles pour la décision.

Les personnes concernées et l'autorité compétente fournissent tous renseignements, éléments de preuve ou documents, à la demande de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends.

Toutefois, ladite autorité compétente peut refuser de fournir des renseignements à la commission consultative dans chacun des cas suivants :

1° l'obtention des renseignements nécessite de prendre des mesures administratives qui vont à l'encontre du droit national;

2° les renseignements ne peuvent être obtenus en vertu du droit national;

3° les renseignements concernent des secrets commerciaux, industriels ou professionnels, ou des procédés commerciaux;

4° la divulgation des renseignements est contraire à l'ordre public.

§ 2 - Les personnes concernées peuvent, à leur demande et avec l'accord de l'autorité compétente et de l'autorité étrangère, se présenter ou se faire représenter devant une commission consultative ou une commission de règlement alternatif des différends.

Si la commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends le requiert, les personnes concernées se présentent devant elle ou s'y font représenter.

Art. 15. Avis de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends

§ 1^{er} - Une commission consultative ou une commission de règlement alternatif des différends rend son avis à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle elle a été constituée.

Lorsque la commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends estime que le différend est tel qu'elle aurait besoin de plus de six mois pour rendre un avis, le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} peut être prolongé de trois mois.

La commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends informe l'autorité compétente, l'autorité étrangère ainsi que les personnes concernées de la prorogation mentionnée à l'alinéa 2.

§ 2 - La commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends fonde son avis sur les dispositions de l'accord ou de la convention applicable visé à l'article 2, ainsi que sur toute règle nationale applicable et sur les dispositions législatives similaires de l'autre État membre concerné.

§ 3 - La commission consultative ou la commission de règlement alternatif se prononce à la majorité simple de ses membres.

En l'absence de majorité conformément à l'alinéa 1^{er}, la voix du président est prépondérante.

Le président communique l'avis de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère.

Art. 16. Décision définitive

§ 1^{er} - Dans un délai de six mois à compter de la notification de l'avis de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends, l'autorité compétente et l'autorité étrangère conviennent de la manière de régler le différend.

§ 2 - L'autorité compétente, en accord avec l'autorité étrangère, peut prendre une décision qui s'écarte de l'avis de la commission consultative ou de la commission de règlement alternatif des différends. Toutefois, si l'autorité compétente et l'autorité étrangère ne parviennent pas à un accord sur la manière de régler le différend, elles sont liées par cet avis.

§ 3 - L'autorité compétente notifie sans tarder la décision définitive relative au règlement du différend à la personne concernée.

Si la décision définitive n'est pas notifiée dans un délai de trente jours, la personne concernée peut introduire dans son État membre de résidence un recours conformément aux règles nationales applicables, en vue d'obtenir la décision définitive.

§ 4 - La décision définitive est contraignante pour les États membres concernés et ne constitue pas de précédent.

La décision définitive est mise en œuvre, sous réserve que les personnes concernées l'acceptent et renoncent au droit à toute voie de recours interne dans un délai de soixante jours à compter de la date à laquelle la décision définitive a été notifiée, le cas échéant.

La décision définitive n'est pas mise en œuvre si un jugement ou une décision constate que la commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends n'a pas été suffisamment indépendante, conformément à l'article 9, §§ 4 et 5.

Lorsque la décision définitive n'a pas été mise en œuvre, la personne concernée peut, conformément aux articles 1385*decies* et 1385*undecies* du Code judiciaire, saisir le tribunal de première instance afin de la faire exécuter.

Art. 17. Interaction avec les procédures et dérogations nationales

§ 1^{er} - La personne concernée peut avoir recours aux procédures prévues dans le présent décret même si l'avis d'imposition devient définitif.

§ 2 - Le fait que le différend soit traité par la procédure amiable ou la procédure de règlement des différends visées respectivement aux articles 5 et 7 n'empêche pas la Communauté germanophone d'engager ou de poursuivre, pour les mêmes affaires, des procédures judiciaires ou des procédures visant à appliquer des sanctions administratives et pénales.

§ 3 - Cependant, lorsque la personne concernée a engagé une procédure en vue de faire jouer un droit de recours, les délais visés, respectivement, à l'article 4, § 5, et à l'article 5, § 1^{er}, courent à compter de la date à laquelle un jugement prononcé dans le cadre de ladite procédure devient définitif, ou à laquelle ladite procédure a été définitivement close par un autre moyen, ou lorsque la procédure a été suspendue.

§ 4 - Si la juridiction compétente a rendu une décision coulée en force de chose jugée concernant un différend et que la Communauté germanophone ne peut y déroger, l'autorité compétente communique à l'autorité étrangère ladite décision et :

1° la procédure amiable, conformément à l'article 5, doit être close à compter de la date de cette notification si, à ce moment, il n'a pas été possible de parvenir à une entente;

2° la personne ne peut plus s'appuyer sur l'article 7, § 1^{er}, si le différend n'a pas été réglé lors de la procédure amiable mentionnée à l'article 5;

3° il est mis fin à la procédure de règlement des différends conformément à l'article 7 si la décision de la juridiction ou de tout autre organe judiciaire compétent a été rendue après qu'une demande a été présentée par une personne concernée au titre de l'article 7, § 1^{er}, mais avant que la commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends n'ait rendu son avis à l'autorité compétente et à l'autorité étrangère conformément à l'article 15. Dans ce cas, l'autorité compétente doit informer tant l'autorité étrangère que la commission consultative ou la commission de règlement alternatif des différends quant à l'effet de la décision de la juridiction ou de tout autre organe judiciaire compétent.

§ 5 - L'introduction d'une réclamation, comme le prévoit l'article 4, met fin à toute autre procédure amiable ou procédure de règlement des différends en cours au titre d'un accord ou d'une convention donnant lieu à une interprétation ou à une application dans le cadre du différend en question. Il est mis fin à cette autre procédure en cours concernant le différend en question avec effet à compter de la date de la première réception de la réclamation par l'autorité compétente ou l'autorité étrangère.

§ 6 - Par dérogation à l'article 7, l'autorité compétente peut refuser l'accès à la procédure de règlement des différends au titre de ce même article dans les cas où il a été infligé, dans l'ordre juridique interne, des sanctions en rapport avec les revenus ou capitaux corrigés pour une fraude fiscale, faute intentionnelle ou négligence grave. Lorsque des procédures judiciaires ou administratives susceptibles d'aboutir à de telles sanctions ont été engagées et que lesdites procédures sont menées simultanément à une des procédures visées dans le présent décret, l'autorité compétente peut suspendre les procédures prévues dans le présent décret à compter de la date d'acceptation de la réclamation jusqu'à la date de l'issue définitive desdites procédures.

§ 7 - L'autorité compétente peut, au cas par cas, refuser l'accès à la procédure de règlement des différends visée à l'article 7 lorsqu'un différend n'a pas trait à une double imposition. Dans ces cas, l'autorité compétente informe sans tarder la personne concernée et l'autorité étrangère.

Art. 18. Dispositions particulières pour les particuliers et les plus petites entreprises

§ 1^{er} - La personne concernée peut adresser les réclamations, les réponses à une demande d'informations complémentaires, les retraits et les demandes prévues à l'article 4, §§ 1^{er}, 4 et 6 ou l'article 7, § 1^{er} (ci-après, « notifications »), selon le cas, par dérogation à ces dispositions, uniquement à l'autorité compétente ou à l'autorité étrangère de l'Etat membre dans lequel la personne concernée est résidente, pour autant que la personne concernée :

1° est un particulier; ou

2° n'est pas une grande entreprise et ne fait pas partie d'un grand groupe.

L'autorité compétente informe les autorités étrangères de cette notification dans un délai de deux mois suivant sa réception. Une fois cette notification effectuée, la personne concernée est réputée avoir adressé la communication à l'ensemble des Etats membres concernés à la date de ladite notification.

§ 2 - En cas d'informations complémentaires reçues en vertu de l'article 4, § 4, l'autorité compétente qui les a reçues en transmet une copie aux autorités étrangères. Une fois cette communication effectuée, tous les Etats membres concernés sont réputés avoir reçu ces informations complémentaires à la date de cette réception d'informations.

Art. 19. Publicité

§ 1^{er} - Les commissions consultatives et les commissions de règlement alternatif des différends rendent leurs avis mentionnés à l'article 15 par écrit.

§ 2 - L'autorité compétente et l'autorité étrangère peuvent convenir de publier dans leur intégralité les décisions définitives visées à l'article 16, sous réserve du consentement de chacune des personnes concernées.

§ 3 - Lorsque l'autorité étrangère ou la personne concernée ne consentent pas à la publication de la décision définitive dans son intégralité, l'autorité compétente en publie un résumé.

Le résumé mentionné à l'alinéa 1^{er} est accompagné d'une description du problème posé et des faits, de la date, des périodes imposables concernées, de la base juridique, du secteur d'activité et d'une brève description du résultat définitif. Le résumé comprend également une description de la méthode d'arbitrage utilisée.

Avant de publier les informations conformément au premier alinéa, l'autorité compétente les communique à la personne concernée. Au plus tard soixante jours à compter de la réception de ces informations, la personne concernée peut demander aux autorités compétentes de ne publier aucune information qui concerne un secret commercial, industriel ou professionnel, ou un procédé commercial, ou qui est contraire à l'ordre public.

§ 4 - L'autorité compétente communique sans tarder à la Commission européenne les informations à publier conformément au § 3.

Art. 20. Obligation de secret

§ 1^{er} - Les membres d'une commission consultative ou d'une commission de règlement alternatif des différends doivent respecter la plus stricte confidentialité des renseignements qu'ils obtiennent en leur qualité de membres d'une commission consultative ou d'une commission de règlement alternatif des différends.

§ 2 - La personne concernée et son représentant traitent de manière confidentielle toutes les informations, y compris la connaissance des documents, qu'ils obtiennent au cours de la procédure.

Sur demande de l'autorité compétente, la personne concernée et son représentant déclarent qu'ils traiteront de manière confidentielle toutes les informations, y compris la connaissance des documents, qu'ils obtiennent au cours des étapes de la procédure.

Art. 21. Violation de l'obligation de secret

La violation de l'obligation de secret prévue à l'article 20 est punie conformément à l'article 458 du Code pénal.

Art. 22. Traitement des données à caractère personnel

§ 1^{er} - L'autorité compétente est, au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données, responsable du traitement des données à caractère personnel nécessaires à l'exécution des dispositions du présent décret.

Les données pertinentes et absolument nécessaires collectées dans le cadre du présent décret sont conservées dans une banque de données. L'autorité compétente gère cette banque de données en sa qualité de responsable du traitement.

Sans préjudice de leur nécessaire conservation dans le cadre du traitement à des fins archivistiques dans l'intérêt public, à des fins de recherche scientifique ou historique, ou à des fins statistiques conformément à l'article 89 du règlement général sur la protection des données, les notifications, informations, preuves et documents sont conservés aussi longtemps qu'il est strictement nécessaire aux fins du présent décret, compte tenu du temps nécessaire pour traiter les réclamations sur la base de l'article 4, de leur prescription ainsi que des procédures devant les juridictions compétentes.

§ 2 - Les données à caractère personnel contenues dans lesdites décisions définitives et les résumés mentionnés à l'article 19, §§ 2 et 3, doivent être supprimées avant leur publication.

§ 3 - Par dérogation au § 1^{er}, le Gouvernement est, au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données, responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 10.

Les données pertinentes et absolument nécessaires collectées dans le cadre du présent décret sont conservées dans une banque de données. Le Gouvernement gère cette banque de données en sa qualité de responsable du traitement.

Sans préjudice de leur nécessaire conservation dans le cadre du traitement à des fins archivistiques dans l'intérêt public, à des fins de recherche scientifique ou historique, ou à des fins statistiques conformément à l'article 89 du règlement général sur la protection des données, les données à caractère personnel mentionnées à l'alinéa 2 sont conservées aussi longtemps que les personnes auxquelles elles se réfèrent sont désignées personnes indépendantes. Ces données sont supprimées au plus tard un an après que ces personnes ont cessé leurs activités.

Art. 23. Entrée en vigueur

Le présent décret produit ses effets le 1^{er} juillet 2019 concernant des différends relatifs aux revenus ou aux capitaux perçus au cours d'un exercice fiscal commençant le ou après le 1^{er} janvier 2018.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 novembre 2019.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

H. MOLLERS,

Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2019-2020

Documents parlementaires :

28 (2019-2020) n° 1 Projet de décret

28 (2019-2020) n° 2 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 25 novembre 2019 - n° 5 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/205751]

25 NOVEMBER 2019. — Decreet betreffende mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de Europese Unie

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1. Europese clausule

Dit decreet voorziet in de omzetting van de Richtlijn (EU) 2017/1852 van de Raad van 10 oktober 2017 betreffende mechanismen ter beslechting van belastinggeschillen in de Europese Unie.

Art. 2. Toepassingsgebied

Bij dit decreet worden de voorschriften en mechanismen vastgesteld ter beslechting van geschillen tussen de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit welke ontstaan naar aanleiding van de uitleg en toepassing van overeenkomsten en verdragen die voorzien in de afschaffing van dubbele belasting op inkomsten en, waar van toepassing, op vermogen.

Art. 3. Definities

§ 1 - Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° bevoegde autoriteit: de bevoegde Belgische autoriteit;

2° bevoegde rechtbank: de overeenkomstig deel III van het Gerechtelijk Wetboek bevoegde rechtbank;

3° buitenlandse autoriteit: de autoriteit van een andere lidstaat dan België die door de betrokken lidstaat als bevoegde autoriteit is aangewezen;

4° dubbele belasting: de heffing door twee of meer lidstaten van belastingen die onder een overeenkomst of verdrag als bedoeld in artikel 2 vallen, op dezelfde belastbare inkomsten of hetzelfde belastbare vermogen wanneer zulks aanleiding geeft tot een additionele belastingheffing, een toename van de belastingverplichtingen of de annulering of vermindering van verliezen die met belastbare winst kunnen worden verrekend;

5° belanghebbende: elke persoon, met inbegrip van een natuurlijke persoon, die een fiscaal ingezetene is van een lidstaat en voor wiens belastingheffing het geschilpunt rechtstreekse gevolgen heeft;

6° geschilpunt: de aangelegenheid die aanleiding geeft tot een van de geschillen als bedoeld in artikel 2;

7° lidstaat: een lidstaat van de Europese Unie;

8° grote onderneming: een grote onderneming in de zin van de richtlijn 2013/34/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 juni 2013 betreffende de jaarlijkse financiële overzichten, geconsolideerde financiële overzichten en aanverwante verslagen van bepaalde ondernemingsvormen, tot wijziging van Richtlijn 2006/43/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Richtlijnen 78/660/EEG en 83/349/EEG van de Raad;

9° grote groep: een grote groep in de zin van de richtlijn 2013/34/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 juni 2013 betreffende de jaarlijkse financiële overzichten, geconsolideerde financiële overzichten en aanverwante verslagen van bepaalde ondernemingsvormen, tot wijziging van Richtlijn 2006/43/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Richtlijnen 78/660/EEG en 83/349/EEG van de Raad;

10° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

§ 2 - Tenzij de context anders vereist, hebben termen die in dit decreet niet worden gedefinieerd de betekenis die zij op dat ogenblik hebben uit hoofde van de betrokken overeenkomsten of verdragen als bedoeld in artikel 2, die van toepassing zijn op de datum van ontvangst van de eerste kennisgeving van de handeling die heeft geleid of zal leiden

tot een geschilpunt. Bij gebreke van een definitie uit hoofde van dergelijke overeenkomsten of verdragen hebben termen die niet zijn gedefinieerd de betekenis die zij op dat moment hadden met betrekking tot de belastingen waarop genoemde overeenkomsten of verdragen van toepassing zijn, waarbij een betekenis krachtens de toepasselijke belastingwetgeving voorrang heeft op een betekenis die krachtens een andere wetgeving aan de term wordt gegeven.

Art. 4. Klacht

§ 1 - Elke belanghebbende heeft het recht een klacht in te dienen met betrekking tot een geschilpunt bij de bevoegde autoriteit, waarbij om de beslechting van het geschil wordt verzocht.

De klacht moet worden ingediend binnen een termijn van drie jaar, te rekenen vanaf de ontvangst van de eerste kennisgeving van de handeling die tot het geschilpunt aanleiding geeft of zal geven, ongeacht of de belanghebbende de ter beschikking staande rechtsmiddelen aanwendt.

De belanghebbende dient de klacht tegelijkertijd en met dezelfde gegevens bij de bevoegde autoriteit en bij elke buitenlandse autoriteit in en geeft in de klacht aan welke andere lidstaten betrokken zijn.

§ 2 - De bevoegde autoriteit bevestigt de ontvangst van de klacht binnen een termijn van twee maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht.

De bevoegde autoriteit stelt tevens de buitenlandse autoriteit binnen de termijn vermeld in het eerste lid in kennis van die ontvangst.

De bevoegde autoriteit stelt de buitenlandse autoriteit op dat moment ook in kennis van de taal of talen waarin zij tijdens de desbetreffende procedurehandelingen wil communiceren.

§ 3 - De klacht vermeld in paragraaf 1 wordt alleen aanvaard indien de belanghebbende die de klacht indient de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit de volgende inlichtingen verschaffen:

1° naam, adres, fiscaal identificatienummer en alle andere inlichtingen die nodig zijn voor de identificatie van de belanghebbende die de klacht heeft ingediend bij de bevoegde autoriteit en bij de buitenlandse autoriteit, en van elke andere belanghebbende;

2° de betrokken belastingtijdvakken;

3° nadere informatie over de relevante feiten en omstandigheden van de zaak - met inbegrip van bijzonderheden over de structuur van de transactie en over de verhouding tussen de belanghebbende en de andere partijen bij de relevante transacties, alsmede van de feiten die te goeder trouw in een wederzijds bindende overeenkomst tussen de belanghebbende en de belastingdienst zijn vastgelegd, waar van toepassing ù meer in het bijzonder de aard en de datum van de handelingen die aanleiding geven tot het geschilpunt ù waaronder, in voorkomend geval, bijzonderheden over dezelfde in de andere lidstaat ontvangen inkomsten en over de opneming daarvan in de belastbare inkomsten in de andere lidstaat, en bijzonderheden over de belastingen die in verband met die inkomsten in de andere lidstaat zijn geheven of zullen worden geheven - alsmede de daarmee verband houdende bedragen in de valuta's van de betrokken lidstaten, met een afschrift van eventuele bewijsstukken;

4° een verwijzing naar de toepasselijke nationale regels en naar de overeenkomsten of verdragen als bedoeld in artikel 2. Indien meer dan één overeenkomst of verdrag van toepassing is, vermeldt de belanghebbende die de klacht indient welke overeenkomst of welk verdrag met betrekking tot het geschilpunt in kwestie wordt uitgelegd. Die overeenkomst of dat verdrag is voor de toepassing van dit decreet de toepasselijke overeenkomst of het toepasselijke verdrag;

5° de volgende informatie, verstrekt door de belanghebbende die de klacht heeft ingediend bij de bevoegde autoriteit en bij de buitenlandse autoriteit, samen met een afschrift van eventuele bewijsstukken:

a) een verklaring waarom de belanghebbende meent dat er sprake is van een geschilpunt;

b) nadere bijzonderheden over elk door de belanghebbende ingesteld beroep en elke door de belanghebbende opgestarte rechtszaak met betrekking tot de relevante transacties, en over elke rechterlijke beslissing in verband met het geschilpunt;

c) een toezegging van de belanghebbende dat hij zo volledig en zo snel mogelijk op alle toepasselijke verzoeken van de bevoegde autoriteit of van de buitenlandse autoriteit zal reageren en op verzoek van de bevoegde autoriteit of van de buitenlandse autoriteit alle documentatie zal verstrekken;

d) in voorkomend geval, een afschrift van het definitieve besluit over de belastingaanslag ù in de vorm van een definitieve belastingaanslag, een verslag van de belastingcontrole of een ander gelijkwaardig document ù dat aanleiding geeft tot het geschilpunt, en een afschrift van elk ander document dat de belastingautoriteiten met betrekking tot het geschilpunt hebben verstrekt;

e) in voorkomend geval, informatie over eventuele klachten die door de belanghebbende zijn ingediend uit hoofde van een andere procedure voor onderling overleg of uit hoofde van een andere geschilbeslechtingsprocedure, als omschreven in artikel 17, § 5, en een uitdrukkelijke toezegging van de belanghebbende dat hij het bepaalde in artikel 17, § 5, zal naleven;

6° alle door de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit gevraagde specifieke aanvullende informatie die noodzakelijk wordt geacht voor een grondig onderzoek van de zaak in kwestie.

§ 4 - De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kan om de in § 3, 6°, bedoelde informatie verzoeken binnen drie maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht.

Indien dit door de bevoegde autoriteit nodig wordt geacht, kunnen verdere verzoeken om informatie worden gedaan tijdens de in artikel 5 bedoelde procedure voor onderling overleg.

Het verzoek bedoeld in § 3, 6°, mag niet leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze.

Een belanghebbende die een verzoek overeenkomstig § 3, 6°, ontvangt, antwoordt binnen drie maanden na ontvangst van het verzoek.

Tegelijkertijd wordt een afschrift van het antwoord bedoeld in het vierde lid toegezonden aan de buitenlandse autoriteit.

§ 5 - De bevoegde autoriteit neemt een besluit over de aanvaarding of afwijzing van de klacht binnen zes maanden na ontvangst van die klacht of binnen zes maanden na ontvangst van de in § 3, 6°, bedoelde informatie, indien dat later is.

De bevoegde autoriteit stelt de belanghebbende en de buitenlandse autoriteit onverwijld in kennis van haar besluit.

De bevoegde autoriteit kan binnen de termijn vermeld in het eerste lid besluiten het geschilpunt eenzijdig te beslechten, zonder de buitenlandse autoriteit erbij te betrekken. In dat geval stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende en de buitenlandse autoriteit daarvan onverwijld in kennis; na die kennisgeving worden de procedurehandelingen betreffende die klacht beëindigd.

§ 6 - Een belanghebbende die een klacht wenst in te trekken, dient gelijktijdig bij de bevoegde autoriteit en bij de buitenlandse autoriteit een schriftelijke kennisgeving van intrekking in.

Met de kennisgeving vermeld in het eerste lid worden alle procedurehandelingen uit hoofde van dit decreet onmiddellijk beëindigd.

Als de bevoegde autoriteit een kennisgeving als bedoeld in het eerste lid ontvangt, stelt ze de buitenlandse autoriteit onverwijld in kennis van die beëindiging van procedurehandelingen.

Indien een geschilpunt om welke reden dan ook ophoudt te bestaan, worden alle procedurehandelingen uit hoofde van dit decreet onmiddellijk beëindigd en stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende onverwijld in kennis van deze situatie met de opgave van de algemene redenen daarvoor.

Art. 5. Procedure voor onderling overleg

§ 1 - Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit een klacht als bedoeld in artikel 4 aanvaarden, trachten zij binnen een termijn van twee jaar, te rekenen vanaf de laatste kennisgeving van een besluit van een van de lidstaten tot aanvaarding van de klacht, het geschilpunt in onderling overleg te beslechten.

De in het eerste lid bedoelde termijn van twee jaar kan op verzoek van de bevoegde autoriteit aan de buitenlandse autoriteit met ten hoogste één jaar worden verlengd, mits de verzoekende bevoegde autoriteit dit verzoek schriftelijk motiveert.

§ 2 - Zodra de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit binnen de in paragraaf 1 vastgestelde termijn overeenstemming over de beslechting van het geschilpunt hebben bereikt, stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende daarvan onverwijld in kennis in de vorm van een besluit dat bindend is voor de autoriteit en afdwingbaar door de belanghebbende, mits de belanghebbende het besluit aanvaardt en, indien toepasselijk, afziet van het recht om andere rechtsmiddelen aan te wenden.

Indien er reeds procedurehandelingen met betrekking tot dergelijke andere in het eerste lid vermelde rechtsmiddelen waren begonnen, wordt het besluit enkel bindend en afdwingbaar zodra de belanghebbende ten overstaan van de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit bewijzen heeft verstrekt die aantonen dat er stappen zijn gezet om deze procedurehandelingen te beëindigen. Deze bewijzen worden verstrekt uiterlijk zestig dagen nadat de belanghebbende van het besluit vermeld in het eerste lid in kennis is gesteld. Het besluit wordt vervolgens onverwijld uitgevoerd, ongeacht de termijnen waarin de nationale wetgeving voorziet.

§ 3 - Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit binnen de in paragraaf 1 vastgestelde termijn geen overeenstemming hebben bereikt over de beslechting van het geschilpunt, stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende daarvan in kennis, met opgave van de algemene redenen waarom geen overeenstemming kon worden bereikt.

Art. 6. Besluit van de bevoegde autoriteit betreffende de klacht

§ 1 - De bevoegde autoriteit kan binnen de in artikel 4, § 5, vastgestelde termijn tot afwijzing van een klacht besluiten wanneer:

1° de uit hoofde van artikel 4, § 3, vereiste inlichtingen ontbreken, waaronder informatie waarom uit hoofde van artikel 4, § 3, 6°, is verzocht en die niet binnen de in artikel 4, § 4, vastgestelde termijn is ingediend;

2° er geen sprake is van een geschilpunt of

3° de klacht niet binnen de in artikel 4, § 1, bedoelde termijn van drie jaar is ingediend.

Wanneer de bevoegde autoriteit de belanghebbende daarvan overeenkomstig het bepaalde in artikel 4, § 5, in kennis stelt, geeft zij de algemene redenen voor de afwijzing vermeld in het eerste lid op.

§ 2 - Indien de bevoegde autoriteit binnen de in artikel 4, § 5, vastgestelde termijn geen besluit over de klacht heeft genomen, wordt de klacht geacht door de bevoegde autoriteit te zijn aanvaard.

§ 3 - Wanneer de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit de klacht hebben afgewezen, heeft de belanghebbende het recht om overeenkomstig artikel 1385*decies* en artikel 1385*undecies* van het Gerechtelijk Wetboek beroep in te stellen tegen het besluit van de bevoegde autoriteit.

De belanghebbende die het recht van beroep vermeld in het eerste lid uitoefent, kan geen verzoek indienen uit hoofde van artikel 7, § 1, 1°:

1° zolang het besluit nog in beroep wordt behandeld;

2° wanneer het besluit tot afwijzing nog vatbaar is voor beroep in het kader van de beroepsprocedure van de betrokken lidstaten, of

3° wanneer een besluit tot afwijzing is bevestigd in het kader van de in 1° bedoelde beroepsprocedure, maar het in een van de betrokken lidstaten niet mogelijk is af te wijken van het besluit van de betrokken rechtbank of andere gerechtelijke instanties.

Indien het recht van beroep is uitgeoefend, wordt het besluit van de betrokken rechtbank of andere gerechtelijke instantie in aanmerking genomen voor de toepassing van artikel 7, § 1, 1°.

Art. 7. Geschilbeslechting door de raadgevende commissie

§ 1 - Op verzoek van de belanghebbende stellen de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit overeenkomstig artikel 9 een raadgevende commissie in indien:

1° de klacht van die belanghebbende op grond van artikel 6, § 1, werd afgewezen door de bevoegde autoriteit of door de buitenlandse autoriteit, of;

2° de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit de klacht van de belanghebbende hadden aanvaard, maar binnen de in artikel 5, § 1, vastgestelde termijn geen overeenstemming hebben kunnen bereiken over de beslechting van het geschilpunt in onderling overleg.

De belanghebbende kan een verzoek als bedoeld in het eerste lid enkel doen indien tegen de in artikel 6, § 1, bedoelde afwijzing, geen beroep kan worden ingesteld, geen beroep aanhangig is of de belanghebbende formeel afstand heeft gedaan van zijn recht van beroep. Het verzoek bevat een verklaring in die zin.

De belanghebbende doet het verzoek om een raadgevende commissie op te richten schriftelijk, uiterlijk vijftig dagen na ontvangst van de kennisgeving op grond van artikel 4, § 5, of artikel 5, § 3, of uiterlijk vijftig dagen na afgifte van het besluit door de betrokken rechtbank of gerechtelijke instantie krachtens artikel 6, § 3, naargelang het geval.

De raadgevende commissie wordt uiterlijk 120 dagen na ontvangst van het in het eerste lid vermelde verzoek ingesteld; zodra dat is gebeurd, stelt de voorzitter van deze commissie de belanghebbende daarvan onverwijld in kennis.

§ 2 - De in het geval van § 1, eerste lid, 1^o, ingestelde raadgevende commissie neemt binnen zes maanden nadat zij is ingesteld een besluit over de aanvaarding van de klacht.

Zij stelt de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit in kennis van haar in het eerste lid vermelde besluit binnen dertig dagen na de vaststelling ervan.

Indien de raadgevende commissie heeft bevestigd dat aan alle voorschriften van artikel 4 is voldaan, wordt op verzoek van de bevoegde autoriteit of van de buitenlandse autoriteit de procedure voor onderling overleg van artikel 5 opgestart.

Als de bevoegde autoriteit zou besluiten om de procedure voor onderling overleg vermeld in het derde lid op te starten, stelt ze de raadgevende commissie, de buitenlandse autoriteit en de belanghebbende in kennis van dat verzoek.

De in artikel 5, § 1, genoemde termijn begint vanaf de datum van de kennisgeving van het besluit dat de raadgevende commissie betreffende de aanvaarding van de klacht heeft genomen.

Indien noch de bevoegde autoriteit, noch de buitenlandse autoriteit binnen een termijn van zestig dagen na de datum van de kennisgeving van het besluit van de raadgevende commissie heeft verzocht om de procedure voor onderling overleg op te starten, brengt de raadgevende commissie overeenkomstig artikel 15, § 1, advies uit over de beslechting van het geschilpunt. In dat geval wordt, voor de toepassing van artikel 15, § 1, de raadgevende commissie geacht te zijn ingesteld op de datum waarop de termijn van zestig dagen verstrijkt.

§ 3 - In het geval van § 1, eerste lid, 2^o, brengt de raadgevende commissie overeenkomstig artikel 15, § 1, advies uit over de vraag hoe het geschilpunt moet worden opgelost.

Art. 8. Benoemingen door bevoegde rechtbanken

§ 1 - Indien een raadgevende commissie niet is ingesteld binnen de in artikel 7, § 1, vastgestelde termijn, kan de belanghebbende in kwestie zich wenden tot een bevoegde rechtbank om de raadgevende commissie in te stellen.

Indien de bevoegde autoriteit heeft nagelaten ten minste één vooraanstaande onafhankelijke persoon en een plaatsvervanger te benoemen binnen de termijn gesteld in paragraaf 2, kan de belanghebbende de bevoegde rechtbank verzoeken een vooraanstaande onafhankelijke persoon en een plaatsvervanger te benoemen uit de in artikel 10 bedoelde lijst. Indien zowel de bevoegde autoriteit als de buitenlandse autoriteiten zulks hebben nagelaten, kan de belanghebbende de bevoegde rechtbank verzoeken de beide vooraanstaande onafhankelijke personen te benoemen uit de in artikel 10 bedoelde lijst.

Deze vooraanstaande onafhankelijke personen bedoeld in het tweede lid benoemen overeenkomstig artikel 9, § 3, de voorzitter door loting uit de lijst van onafhankelijke personen.

Belanghebbenden delen hun verzoek om de vooraanstaande onafhankelijke personen en hun plaatsvervangers te benoemen mee aan elk van hun respectieve woonstaten indien meer dan één belanghebbende bij de procedurehandelingen betrokken is, dan wel aan de lidstaten waarvan de bevoegde autoriteiten hebben nagelaten ten minste één vooraanstaande onafhankelijke persoon en een plaatsvervanger te benoemen indien het slechts één belanghebbende betreft.

§ 2 - De benoemingen overeenkomstig paragraaf 1 worden pas aan de bevoegde rechtbank voorgelegd na het verstrijken van de in artikel 7, § 1, genoemde termijn van 120 dagen, en binnen een termijn van dertig dagen na het verstrijken van die termijn.

§ 3 - In de gevallen vermeld in paragraaf 1 benoemt de bevoegde rechtbank de vooraanstaande onafhankelijke personen overeenkomstig artikel 1680, § 1, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek. De bevoegde rechtbank deelt dit besluit mee aan de bevoegde autoriteit die op haar beurt onverwijld de buitenlandse autoriteiten in kennis stelt.

De bevoegde autoriteit van de lidstaat die in eerste instantie heeft nagelaten de vooraanstaande onafhankelijke persoon en diens plaatsvervanger te benoemen, kan beroep aantekenen tegen het besluit van de rechtbank of nationale benoemingsinstantie in die lidstaat, op voorwaarde dat de bevoegde autoriteit hiertoe het recht heeft krachtens nationale wetgeving. In geval van een afwijzing heeft de verzoeker het recht om tegen de uitspraak van de rechtbank beroep in te stellen overeenkomstig de nationale procedurevoorschriften.

Art. 9. Raadgevende commissie

§ 1 - De in artikel 7 bedoelde raadgevende commissie is als volgt samengesteld:

1^o één voorzitter;

2^o één vertegenwoordiger van de bevoegde autoriteit en één vertegenwoordiger van de buitenlandse autoriteit. Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, kan het aantal vertegenwoordigers worden verhoogd tot twee per autoriteit;

3^o één vooraanstaande onafhankelijke persoon die door de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit wordt benoemd uit de in artikel 10 bedoelde lijst. Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, kan het aantal benoemde personen worden verhoogd tot twee per autoriteit.

§ 2 - De bepalingen voor de benoeming van de vooraanstaande onafhankelijke personen vermeld in § 1, 3^o, worden overeengekomen tussen de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit.

Na de benoeming van de vooraanstaande onafhankelijke personen wordt in overeenstemming met de voor de benoeming van de onafhankelijke personen geldende bepalingen voor ieder van hen een plaatsvervanger benoemd voor gevallen waarin de onafhankelijke personen verhinderd zijn hun functie uit te oefenen.

§ 3 - Indien er over de bepalingen voor de benoeming van vooraanstaande onafhankelijke personen geen overeenstemming is bereikt overeenkomstig paragraaf 2, geschiedt de benoeming van die personen door loting.

§ 4 - Tenzij de vooraanstaande onafhankelijke personen door de bevoegde rechtbank volgens de bepalingen van artikel 8, § 1, zijn benoemd, kan de bevoegde autoriteit bezwaar maken tegen de benoeming van een bepaalde vooraanstaande onafhankelijke persoon om elke vooraf door de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit overeengekomen reden of om een van de volgende redenen:

1° deze persoon behoort tot of werkt namens een van de betrokken belastingadministraties of heeft op een bepaald moment tijdens de drie voorafgaande jaren in die situatie verkeerd;

2° deze persoon heeft een deelneming van betekenis of stemrecht in een van de belanghebbenden in kwestie - of heeft die er in de loop van de vijf jaar vóór zijn benoeming gehad - of is er werknemer of adviseur - of is dat in de loop van de vijf jaar vóór zijn benoeming geweest;

3° deze persoon biedt onvoldoende garanties om het geschil of de geschillen objectief te behandelen;

4° deze persoon is een werknemer van een bedrijf dat belastingadvies verleent of anderszins beroepsmatig belastingadvies verleent, of heeft in de loop van een periode van ten minste drie jaar vóór zijn benoeming in die situatie verkeerd.

§ 5 - De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen eisen dat een overeenkomstig paragraaf 2 of paragraaf 3 benoemde vooraanstaande persoon of diens plaatsvervanger opening van zaken geeft wat betreft belangen, relaties of andere aangelegenheden die naar verwachting de onafhankelijkheid of onpartijdigheid van die persoon kunnen beïnvloeden, of waarvan redelijkerwijs kan worden aangenomen dat die persoon de procedurehandelingen met vooringenomenheid zal ingaan.

Gedurende een periode van twaalf maanden nadat het besluit van de raadgevende commissie is genomen, mag een vooraanstaande onafhankelijke persoon die deel uitmaakt van de raadgevende commissie, niet in een situatie verkeren die voor een bevoegde autoriteit een aanleiding zou zijn geweest om bezwaar te maken tegen zijn benoeming, als bedoeld in deze paragraaf, indien die persoon in die situatie had verkeerd op het moment van de benoeming voor de bewuste raadgevende commissie.

§ 6 - De vertegenwoordigers van de bevoegde autoriteit en van de buitenlandse autoriteit en de vooraanstaande onafhankelijke personen die overeenkomstig paragraaf 1 zijn benoemd, kiezen een voorzitter uit de in artikel 10 bedoelde lijst van personen. Tenzij anders is overeengekomen door de vertegenwoordigers van elke bevoegde autoriteit en de vooraanstaande onafhankelijke personen, is de voorzitter een rechter.

Art. 10. Lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen

§ 1 - De lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen bestaat uit alle door de lidstaten benoemde vooraanstaande onafhankelijke personen.

Voor de in het eerste lid vermelde lijst benoemt de Regering ten minste drie personen die bekwaam en onafhankelijk zijn, en in staat zijn onpartijdig en integer te handelen. De Regering kan daarvoor een samenwerkingsakkoord sluiten.

§ 2 - De Regering stelt de Europese Commissie in kennis van de namen van de vooraanstaande onafhankelijke personen die zij heeft benoemd.

De Regering verstrekt de Europese Commissie tevens volledige en actuele informatie over de professionele en academische achtergrond, bekwaamheid en deskundigheid van de in het eerste lid vermelde personen en over elk belangenconflict dat zij mogelijk hebben.

De Regering kan in de kennisgeving specificeren welke van de in het eerste lid vermelde personen als voorzitter kan worden benoemd.

§ 3 - De Regering stelt de Europese Commissie onverwijld in kennis van alle wijzigingen die in de lijst van onafhankelijke personen worden aangebracht.

De Regering legt procedures vast voor de verwijdering van de lijst van vooraanstaande onafhankelijke personen van een door haar benoemde persoon die niet langer onafhankelijk is.

Indien de Regering, rekening houdend met de desbetreffende bepalingen van dit artikel, gegronde redenen heeft om er bezwaar tegen te maken dat een vooraanstaande onafhankelijke persoon op de in paragraaf 1 vermelde lijst blijft staan vanwege een gebrek aan onafhankelijkheid, stelt zij de Europese Commissie daarvan in kennis en onderbouwt zij haar bezorgdheid met passende bewijzen.

De Europese Commissie stelt op haar beurt België in kennis van de bezwaren en desbetreffende bewijzen van een andere lidstaat tegen de onafhankelijkheid van een vooraanstaande onafhankelijke persoon. De Regering onderzoekt die bezwaren en desbetreffende bewijzen binnen zes maanden en besluit of de persoon op de lijst gehandhaafd wordt of van de lijst verwijderd wordt.

De Regering stelt de Europese Commissie dan onverwijld in kennis van haar besluit.

Art. 11. Commissie voor alternatieve geschilbeslechting

§ 1 - De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen om in plaats van de in artikel 9 vermelde raadgevende commissie een commissie voor alternatieve geschilbeslechting in te stellen om overeenkomstig artikel 15 advies uit te brengen over de beslechting van het geschilpunt.

De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen tevens overeenkomen een commissie voor alternatieve geschilbeslechting in te stellen in de vorm van een commissie van permanente aard als zogenaamde 'permanente commissie'.

§ 2 - Behalve wat betreft de bepalingen van artikel 9, §§ 4 en 5, inzake de onafhankelijkheid van haar leden, kan de commissie voor alternatieve geschilbeslechting qua vorm en samenstelling verschillen van de raadgevende commissie.

Een commissie voor alternatieve geschilbeslechting kan, waar passend, elke geschilbeslechtingsprocedure of -techniek toepassen om het geschilpunt op bindende wijze op te lossen. De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen dat de commissie voor alternatieve geschilbeslechting andere soorten geschilbeslechtingsprocedures kan toepassen.

§ 3 - De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit komen de werkingsregels van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting als bedoeld in artikel 12 overeen.

§ 4 - De artikelen 13 en 14 zijn van toepassing op de commissie voor alternatieve geschilbeslechting, tenzij in de werkingsregels als bedoeld in artikel 12 anders is overeengekomen.

Art. 12. Werkingsregels van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting

§ 1 - De bevoegde autoriteit stelt de belanghebbende binnen de in artikel 7, § 1, vastgestelde termijn van 120 dagen in kennis van het volgende:

- 1° de werkingsregels van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting;
- 2° de termijn waarbinnen het advies over de beslechting van het geschilpunt moet worden uitgebracht;
- 3° verwijzingen naar alle toepasselijke bepalingen van intern recht van de lidstaten en alle toepasselijke overeenkomsten of verdragen.

§ 2 - De werkingsregels worden ondertekend door de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit.

De werkingsregels bevatten met name het volgende:

- 1° de beschrijving en de kenmerken van het geschilpunt;
- 2° het mandaat waarover de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit overeenstemming bereiken wat de te regelen juridische en feitelijke kwesties betreft;
- 3° de vorm van het geschilbeslechtingsorgaan, ofwel een raadgevende commissie, ofwel een commissie voor alternatieve geschilbeslechting, alsmede het soort procedure voor de alternatieve geschilbeslechting, indien de procedure verschilt van die van het onafhankelijke advies door een raadgevende commissie;
- 4° het tijdschema van de geschilbeslechtingsprocedure;
- 5° de samenstelling van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting, met inbegrip van het aantal en de namen van de leden, gegevens over hun bekwaamheid en kwalificaties, en informatie over eventuele belangenconflicten van de leden;
- 6° de regels voor deelname van de belanghebbende (belanghebbenden) en derde partijen aan de procedurehandelingen, de uitwisselingen van memoranda, inlichtingen en bewijsstukken, de kosten, het soort geschilbeslechtingsprocedure dat gebruikt wordt en alle andere relevante procedurele of organisatorische aangelegenheden;
- 7° de logistieke regelingen voor de procedurehandelingen van de raadgevende commissie en het uitbrengen van haar advies.

Indien een raadgevende commissie is ingesteld om overeenkomstig artikel 7, § 1, eerste lid, 1°, advies uit te brengen, dan bevatten de werkingsregels alleen de in artikel 12, § 2, tweede lid, 1°, 4°, 5° en 6°, bedoelde informatie.

§ 3 - In gevallen waarin de werkingsregels onvolledig zijn of waarin aan de belanghebbende geen kennis werd gegeven van de werkingsregels, zijn de door de Europese Commissie vastgelegde standaardwerkingsregels van toepassing.

§ 4 - Indien de bevoegde autoriteit geen kennis heeft gegeven van de werkingsregels aan de belanghebbende overeenkomstig paragraaf 1 en paragraaf 2, worden deze door de vooraanstaande onafhankelijke personen en de voorzitter op basis van het in paragraaf 3 bedoelde standaardformulier aangevuld en aan de belanghebbende toegezonden binnen een termijn van twee weken, te rekenen vanaf de datum waarop de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting is ingesteld.

Wanneer de onafhankelijke personen en de voorzitter geen overeenstemming hebben bereikt over de werkingsregels of de belanghebbende daarvan niet in kennis hebben gesteld, kunnen de belanghebbenden zich tot de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg wenden om een beschikking te verkrijgen dat bevel geeft tot vastlegging en toepassing van de werkingsregels.

Art. 13. Kosten van de procedurehandelingen

§ 1 - Met uitzondering van het bepaalde in paragraaf 2, en tenzij de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit anders zijn overeengekomen, worden de hierna genoemde kosten gelijk over de lidstaten verdeeld:

1° de uitgaven van de vooraanstaande onafhankelijke personen, die een bedrag vormen dat gelijk is aan het gemiddelde van de gebruikelijke terugbetaling aan hoge ambtenaren van de betrokken lidstaten, en;

2° de vergoeding van de onafhankelijke personen, indien van toepassing, die beperkt is tot 1.000 euro per persoon per dag voor iedere dag dat de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting bijeenkomt.

De kosten die de belanghebbende maakt, worden niet door de lidstaten gedragen.

§ 2 - Indien de belanghebbende:

- 1° een kennisgeving van intrekking van de klacht heeft ingediend, overeenkomstig artikel 4, § 6, of
- 2° na een afwijzing uit hoofde van artikel 6, § 1, een verzoek overeenkomstig artikel 7, § 1, heeft ingediend en de raadgevende commissie heeft besloten dat de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit de klacht terecht hebben afgewezen, en indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, worden alle kosten als bedoeld in § 1, 1° en 2°, gedragen door de belanghebbende.

Art. 14. Inlichtingen, bewijsmiddelen en hoorzittingen

§ 1 - Ten behoeve van de in artikel 7 bedoelde procedure kunnen de belanghebbenden, indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit het erover eens zijn, aan de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting alle inlichtingen, bewijsmiddelen en stukken verschaffen die van dienst kunnen zijn om tot een besluit te komen.

Op verzoek van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting verschaffen de belanghebbenden en de bevoegde autoriteit alle inlichtingen, bewijsmiddelen en stukken.

De bevoegde autoriteit mag in de volgende gevallen echter weigeren om inlichtingen aan de raadgevende commissie te verstrekken:

- 1° voor het verkrijgen van de inlichtingen moeten administratieve maatregelen worden genomen die in strijd zijn met de nationale wetgeving;
- 2° de inlichtingen zijn op grond van de nationale wetgeving niet verkrijgbaar;
- 3° de inlichtingen hebben betrekking op handelsgeheimen, bedrijfsgeheimen, nijverheidsgeheimen, beroepsgeheimen of op een fabrieks- of handelswerkwijze;
- 4° de bekendmaking van de inlichtingen is in strijd met de openbare orde.

§ 2 - Belanghebbenden kunnen op eigen verzoek en met instemming van de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit voor een raadgevende commissie of een commissie voor alternatieve geschilbeslechting verschijnen of zich daar laten vertegenwoordigen.

Indien de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting zulks verlangt, zijn de belanghebbenden gehouden voor haar te verschijnen of zich er te laten vertegenwoordigen.

Art. 15. Advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting

§ 1 - Een raadgevende commissie of commissie voor alternatieve geschilbeslechting brengt uiterlijk zes maanden na de datum waarop zij is ingesteld, advies uit aan de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit.

Indien de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting van oordeel is dat het geschilpunt van zodanige aard is dat meer dan zes maanden nodig zijn om advies te kunnen uitbrengen, kan de in het eerste lid vermelde termijn met drie maanden worden verlengd.

De raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting stelt de bevoegde autoriteit, de buitenlandse autoriteit en de belanghebbenden van elke in het tweede lid vermelde verlenging in kennis.

§ 2 - De raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting baseert haar advies op de bepalingen van de toepasselijke overeenkomsten of verdragen bedoeld in artikel 2, alsmede op eventuele toepasselijke nationale voorschriften en de soortgelijke voorschriften van de andere betrokken lidstaat.

§ 3 - De raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting neemt haar advies aan met gewone meerderheid van leden.

Indien geen meerderheid overeenkomstig het eerste lid kan worden bereikt, is de stem van de voorzitter bepalend voor het definitieve advies.

De voorzitter deelt het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting mee aan de bevoegde autoriteit en aan de buitenlandse autoriteit.

Art. 16. Eindbesluit

§ 1 - Binnen een termijn van zes maanden na de kennisgeving van het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting bereiken de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit overeenstemming over de beslechting van het geschilpunt.

§ 2 - De bevoegde autoriteit kan, in overeenstemming met de buitenlandse autoriteit, een besluit nemen dat afwijkt van het advies van de raadgevende commissie of van de commissie voor alternatieve geschilbeslechting. Indien de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit er echter niet in slagen overeenstemming over de beslechting van het geschilpunt te bereiken, zijn zij aan dat advies gebonden.

§ 3 - De bevoegde autoriteit brengt het eindbesluit betreffende de beslechting van het geschilpunt onverwijld ter kennis van de belanghebbende.

Indien de belanghebbende niet binnen een termijn van dertig dagen na het nemen van het eindbesluit daarvan in kennis is gesteld, kan hij overeenkomstig de toepasselijke nationale voorschriften in zijn lidstaat van woonplaats beroep instellen om het eindbesluit te verkrijgen.

§ 4 - Het eindbesluit is bindend voor de betrokken lidstaten; het vormt geen precedent.

Het eindbesluit wordt ten uitvoer gelegd mits de belanghebbenden het aanvaarden en afzien van het recht om enig internrechtelijk rechtsmiddel aan te wenden binnen zestig dagen vanaf de datum waarop het eindbesluit ter kennis is gebracht, indien van toepassing.

Het eindbesluit wordt niet ten uitvoer gelegd indien in een vonnis of arrest wordt vastgesteld dat de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting onvoldoende onafhankelijk was overeenkomstig artikel 9, §§ 4 en 5.

Indien het eindbesluit niet ten uitvoer werd gelegd, kan de belanghebbende overeenkomstig artikel 1385*decies* en artikel 1385*undecies* van het Gerechtelijk Wetboek een vordering indienen bij de rechtbank van eerste aanleg, teneinde de tenuitvoerlegging ervan af te dwingen.

Art. 17. Wisselwerking met nationale procedures en afwijkingen

§ 1 - De belanghebbende kan gebruik maken van de procedure bedoeld in dit decreet, zelfs wanneer een belastingaanslag definitief wordt.

§ 2 - Het feit dat het geschilpunt het voorwerp is van een procedure voor onderling overleg als bedoeld in artikel 5 of een geschilbeslechtingsprocedure als bedoeld in artikel 7, belet de Duitstalige Gemeenschap niet om voor diezelfde zaak gerechtelijke procedures of procedures met het oog op de toepassing van administratieve en strafrechtelijke sancties in te stellen of voort te zetten.

§ 3 - Wanneer de belanghebbende evenwel een procedure tot aanwending van een dergelijk rechtsmiddel heeft ingesteld, gaan de respectievelijk in artikel 4, § 5, en artikel 5, § 1, genoemde termijnen pas in op de datum waarop de beslissing in die procedure in kracht van gewijsde is gegaan of waarop die procedurehandelingen anderszins definitief zijn gesloten of wanneer de procedurehandelingen zijn opgeschort.

§ 4 - Indien de bevoegde rechtbank een beslissing over een geschilpunt heeft genomen die in kracht van gewijsde is gegaan en indien de Duitstalige Gemeenschap niet van die beslissing mag afwijken, stelt de bevoegde autoriteit de buitenlandse autoriteit in kennis van de beslissing van die rechtbank en:

1° de in artikel 5 bedoelde procedure voor onderling overleg wordt beëindigd vanaf de dag van die kennisgeving, in het geval er op voormelde datum van kennisgeving nog geen overeenstemming is bereikt over het geschilpunt;

2° de belanghebbende kan artikel 7, § 1, niet meer invoeren indien het geschilpunt onopgelost is gebleven tijdens de in artikel 5 bedoelde procedure voor onderling overleg;

3° de geschilbeslechtingsprocedure krachtens artikel 7 wordt beëindigd indien de beslissing van de bevoegde rechtbank of andere gerechtelijke instantie is genomen nadat een verzoek door een belanghebbende was ingediend uit hoofde van artikel 7, § 1, maar voordat de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting overeenkomstig artikel 15 aan de bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit advies heeft uitgebracht. In dat geval stelt de bevoegde autoriteit niet alleen de buitenlandse autoriteit, maar ook de raadgevende commissie of de commissie voor alternatieve geschilbeslechting in kennis van de gevolgen van de beslissing van de bevoegde rechtbank of andere gerechtelijke instantie.

§ 5 - De indiening van een klacht zoals voorzien in artikel 4 maakt een einde aan alle andere lopende procedurehandelingen volgens de procedure voor onderling overleg of de geschilbeslechtsprocedure uit hoofde van een overeenkomst die of een verdrag dat wordt uitgelegd of toegepast in verband met het desbetreffende geschilpunt. Dergelijke lopende procedurehandelingen betreffende het desbetreffende geschilpunt worden beëindigd met ingang van de datum van de eerste ontvangst van de klacht door de bevoegde autoriteit of de buitenlandse autoriteit.

§ 6 - In afwijking van artikel 7 mag de bevoegde autoriteit de toegang tot de geschilbeslechtsprocedure uit hoofde van dat artikel weigeren indien in de interne rechtsorde sancties zijn opgelegd in verband met gecorrigeerde inkomsten of gecorrigeerd vermogen voor belastingfraude, opzettelijk verzuim en grove nalatigheid. Wanneer er een gerechtelijke of administratieve procedure is opgestart die aanleiding zou kunnen geven tot dergelijke sancties, en deze procedure gelijktijdig met een van de in dit decreet bedoelde procedures wordt gevoerd, kan een bevoegde autoriteit de in dit decreet bedoelde procedure schorsen vanaf de datum van aanvaarding van de klacht tot de datum van het uiteindelijke resultaat van de procedure.

§ 7 - De bevoegde autoriteit kan toegang tot de geschilbeslechtsprocedure uit hoofde van artikel 7 van geval tot geval weigeren indien een geschilpunt geen betrekking heeft op dubbele belasting. In dat geval stelt de bevoegde autoriteit de belanghebbende en de buitenlandse autoriteit daarvan onverwijld in kennis.

Art. 18. Bijzondere bepalingen voor natuurlijke personen en kleine ondernemingen

§ 1 - De belanghebbende kan de klachten, de antwoorden op een verzoek om aanvullende informatie, de intrekkingen en de verzoeken vermeld in respectievelijk artikel 4, §§ 1, § 4, en § 6, alsook artikel 7, § 1, (hierna: 'mededelingen'), bij wijze van afwijking van die bepalingen alleen indienen bij de bevoegde autoriteit of de buitenlandse autoriteit van de lidstaat waar de belanghebbende zijn woonplaats heeft, indien de belanghebbende hetzij:

1° een natuurlijke persoon is, of

2° geen grote onderneming is of geen deel uitmaakt van een grote groep.

De bevoegde autoriteit stelt de buitenlandse autoriteit daarvan in kennis binnen twee maanden na ontvangst van deze mededelingen. Zodra een dergelijke kennisgeving is geschied, wordt de belanghebbende geacht de mededeling op de datum van die kennisgeving bij alle betrokken lidstaten te hebben ingediend.

§ 2 - Indien er aanvullende informatie wordt ontvangen uit hoofde van artikel 4, § 4, zendt de bevoegde autoriteit die de aanvullende informatie heeft ontvangen, een afschrift daarvan toe aan de buitenlandse autoriteit. Zodra dat afschrift is toegezonden, wordt de aanvullende informatie geacht door alle betrokken lidstaten te zijn ontvangen op de datum waarop deze ontvangst van informatie heeft plaatsgevonden.

Art. 19. Openbaarmaking

§ 1 - Raadgevende commissies en commissies voor alternatieve geschilbeslechting brengen hun adviezen bedoeld in artikel 15 schriftelijk uit.

§ 2 - De bevoegde autoriteit en de buitenlandse autoriteit kunnen overeenkomen de in artikel 16 bedoelde eindbesluiten in hun geheel te publiceren, indien alle belanghebbenden daarmee instemmen.

§ 3 - Indien de buitenlandse autoriteit of een belanghebbende niet met de publicatie van het volledige eindbesluit instemmen, publiceert de bevoegde autoriteit een samenvatting van het eindbesluit.

De in het eerste lid vermelde samenvatting bevat een beschrijving van de kwestie en het onderwerp, de datum, de betrokken belastingtijdvakken, de rechtsgrondslag, de bedrijfstak en een beknopte beschrijving van het uiteindelijke resultaat. Deze samenvatting omvat ook een beschrijving van de gebruikte wijze van arbitrage.

De bevoegde autoriteit zendt de overeenkomstig het eerste lid te publiceren informatie vóór de publicatie ervan toe aan de belanghebbende. Uiterlijk zestig dagen na de ontvangst van deze informatie kan de belanghebbende de bevoegde autoriteit verzoeken geen informatie te publiceren die op een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of op een fabrieks- of handelswerkwijze betrekking heeft, of die in strijd is met de openbare orde.

§ 4 - De bevoegde autoriteit stelt de Europese Commissie onverwijld in kennis van de overeenkomstig paragraaf 3 te publiceren informatie.

Art. 20. Geheimhoudingsplicht

§ 1 - De leden van een raadgevende commissie of een commissie voor alternatieve geschilbeslechting zijn tot de meest volstrekte geheimhouding gehouden betreffende de informatie die zij verkrijgen in hun hoedanigheid van lid van een raadgevende commissie of een commissie voor alternatieve geschilbeslechting.

§ 2 - De belanghebbende en zijn vertegenwoordiger behandelen alle informatie, met inbegrip van kennis van documenten, die zij tijdens de procedurehandelingen krijgen, als vertrouwelijk.

Op verzoek van de bevoegde autoriteit leggen de belanghebbende en zijn vertegenwoordiger een verklaring af dat zij alle informatie, met inbegrip van kennis van documenten, die zij tijdens de procedurehandelingen krijgen, als vertrouwelijk behandelen.

Art. 21. Schending van de geheimhoudingsplicht

De schending van de in artikel 20 bepaalde geheimhoudingsplicht wordt bestraft overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek.

Art. 22. Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - De bevoegde autoriteit is de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, 7), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van persoonsgegevens die noodzakelijk zijn voor de uitvoering van de bepalingen van dit decreet.

De strikt noodzakelijke en relevante gegevens verzameld in het kader van dit decreet worden bewaard in een databank. De bevoegde autoriteit beheert deze databank in haar hoedanigheid van verwerkingsverantwoordelijke.

Onverminderd hun noodzakelijke bewaring voor de latere verwerking met het oog op archivering in het algemeen belang, wetenschappelijk of historisch onderzoek of statistische doeleinden bedoeld in artikel 89 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming worden de mededelingen, inlichtingen, bewijsmiddelen en stukken zo lang bewaard als strikt noodzakelijk is voor de doeleinden van dit decreet, rekening houdend met de duur die noodzakelijk is voor het oplossen van de klachten die op basis van artikel 4 werden ingediend, de verjaring ervan, alsook de gedingen ingesteld bij de bevoegde rechtbanken.

§ 2 - Alvorens tot publicatie over te gaan van de in artikel 19, §§ 2 en 3, bedoelde eindbesluiten en samenvattingen, moeten de daarin opgenomen persoonsgegevens worden gewist.

§ 3 - In afwijking van paragraaf 1 is de Regering de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, 7), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 10.

De strikt noodzakelijke en relevante gegevens verzameld in het kader van dit decreet worden bewaard in een databank. De Regering beheert deze databank in haar hoedanigheid van verwerkingsverantwoordelijke.

Onverminderd hun noodzakelijke bewaring voor de latere verwerking met het oog op archivering in het algemeen belang, wetenschappelijk of historisch onderzoek of statistische doeleinden bedoeld in artikel 89 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming worden de persoonsgegevens vermeld in het tweede lid bewaard zolang de personen waarop zij betrekking hebben benoemd zijn als vooraanstaande onafhankelijke personen. Uiterlijk één jaar nadat de desbetreffende personen ophouden een vooraanstaande onafhankelijke persoon te zijn, worden die persoonsgegevens gewist.

Art. 23. Inwerkingtreding

Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 juli 2019 voor geschillen over inkomsten of vermogen verkregen in een belastingjaar dat begint op of na 1 januari 2018.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 25 november 2019.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

H. MOLLERS,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

Zitting 2019-2020

Parlementair stuk:

28 (2019-2020) Nr. 1 Ontwerp van decreet

28 (2019-2020) Nr. 2 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 25 november 2019 - Nr. 5 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/205750]

7. NOVEMBER 2019 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2000 über den Schulbesuch

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Aufgrund des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, Artikel 28 Absatz 1 und Artikel 63 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2000 über den Schulbesuch;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. Juli 2019;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 23. Juli 2019;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 66.582/2 des Staatsrates, das am 14. Oktober 2019 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 3 § 1 Nummer 1 des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2000 über den Schulbesuch wird wie folgt ersetzt:

“1. eine Abwesenheit wegen einer Krankheit, die durch eine ärztliche Bescheinigung belegt ist. Wird in der ärztlichen Bescheinigung kein Enddatum angegeben, gilt die Abwesenheit nur bis zum Ende des laufenden Schuljahres als gerechtfertigt.”

Art. 2 - In Artikel 5 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Satz eingefügt:

“Die Bescheinigung unterliegt den in Artikel 3 § 1 Nummer 1 angeführten Bedingungen.”